

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72205

Anzeigenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Wahnvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellzeile 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt., Inserate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf., bei Wahnvorschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rückzug der russischen Opposition.

Die Bolschewiki auf dem Wege zur Sozialdemokratie.

Sinowjew und Trozki unterwerfen sich.

III. Berlin, 18. Oktober.

Die Meldungen über eine Verständigung zwischen den Führern der Opposition und der durch Stalin vertretenen Leitung der kommunistischen Partei werden durch eine Meldung der Agentur der Sowjet-Regierung bestätigt. Es heißt darin: Die Oppositionsführer Sinowjew, Trozki, Kamenev, Piatakow, Sokolnikow und Jewdokimow haben eine Erklärung über ihre vorbehaltlose Unterwerfung unter sämtliche Entschlüsse des 14. Parteikongresses und unter die Beschlüsse des Zentralkomitees und der Zentral-Kontroll-Kommission abgegeben. Sie verpflichten sich, diese durchzuführen und alle ihre Anhänger aufzufordern, sämtliche um die Opposition gebildeten fraktionellen Gruppierungen sofort aufzulösen. Sie erkennen an, daß sie durch ihr jüngstes Vorgehen in Moskau und in Leningrad die Entschlüsse des Zentralkomitees über die Unzulässigkeit der Diskussion verletzt haben und verpflichten sich, sich von der rechten Schjapitalow-Gruppe entschieden loszulassen und jegliche Unterstützung fraktioneller Gruppen der einzelnen Komintern-Sektionen, sei es Ruth Fischer, Maslow (Deutschland), Souvarine (Frankreich), Bordiga (Italien) aufzugeben. Die Unterzeichneten übernehmen die politische Verantwortung für die Handlungen ihrer Anhänger und sprechen die Hoffnung aus, daß die tatsächliche Einstellung des fraktionellen Kampfes der Opposition die Möglichkeit schaffen wird, alle reuigen Oppositionen in die Partei wieder aufzunehmen. Sie erklären zum Schluß, daß sie sich verpflichten, die Liquidierung des fraktionellen Kampfes sowie den Kampf gegen erneute Vorstöße gegen die Parteidisziplin in keiner Weise zu unterstützen.

Alle Vorstöße, die während der letzten Wochen von der alten kommunistischen Garde gegen die Diktatur Stalins unternommen wurden, haben praktische Resultate nicht im Gefolge gehabt. Der Parteiapparat, den die Führer des neuen Kurzes restlos in ihren Händen haben, hat einen endgültigen Sieg über den Kommunismus der Revolutionsjahre davongetragen. Die Führer der kommunistischen Opposition haben ein pater peccavi abgelegt. Sie sind damit reuig in den alleinigmachenden Schoß der altrussischen Kirche Stalins zurückgekehrt.

Das ist ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Der Rückzug der bolschewistischen Garde kann auf die Oppositionströmungen in den anderen kommunistischen Parteien Europas nicht ohne Einfluß bleiben. Die Unterwerfung Sinowjews und Trozki unter den Stalintums des Zentralkomitees wird notwendigerweise der Opposition in der kommunistischen Partei Deutschlands den Wind aus den Segeln nehmen, und damit ist die letzte Etappe auf dem Wege zur sozialdemokratischen Taktik zurückgelegt. Die wenigen kommunistischen Abweichungen werden binnen kurzem der Liquidation verfallen. Dann bleibt es die Aufgabe einer akademischen Doktorarbeit, festzustellen, welche Unterschiede zwischen Stalin und Wels noch übriggeblieben sind. Der rechte sozialdemokratische Flügel ist einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht völlig abgeneigt, und in Rußland ist die Koalition zwischen Stalin und den Kulaken, den Trägern der kapitalistischen Entwicklung, bereits vollzogen. Die Führer der kommunistischen Bewegung Rußlands sind die von der Opposition vielgeschmähten „roten Professoren“, die von den Stalintums zur Verteidigung ihres kapitalistischen Kurzes besonders herangebildet worden sind. Alle die einst gefeierten Kämpen sind aus der umfangreichen kommunistischen Literatur beinahe völlig verschwunden und die Zeitschriften werden von Leuten beherrscht, deren Namen keinerlei Geltung haben.

Die neue Nummer der kommunistischen Internationale, das „Organ des Exekutivkomitees“, als dessen Herausgeber noch immer Sinowjew figuriert, bringt einen Aufsatz über „die Stabilisierung des Kapitalismus und die nächsten Perspektiven des Klassenkampfes“. Als Verfasser zeichnet ein Kommunist, namens Jan Sten. Dieser Artikel könnte ebensogut von einem Sozialdemokraten geschrieben sein, der den Nachweis liefert, daß, im Gegensatz zu der kommunistischen Ideologie, die Stabilisierung des Kapitalismus in der Gegenwart wenig Aussichten für revolutionäre Bewegungen bietet. Jan Sten befindet sich in striktestem Gegensatz zu den Führern der Opposition.

Nichtsdestoweniger haben sich nunmehr Sinowjew und Trozki den Perspektiven Stalins unterworfen und damit werden die letzten Überreste der kommunistischen Bewegung liquidiert, so wie sie den Arbeitern aus den Zeiten der russischen Revolution und aus den Reden Sinowjews auf dem Parteitag in Halle bekanntgeworden sind. Das bestätigt gleichzeitig die Richtigkeit der Haltung, die die Sozialisten vertreten haben, als sie sich den Spaltungsbestrebungen der Kommunisten mit aller Entschiedenheit entgegensetzten. Ja noch mehr, der Rechtsabmarsch der kommunistischen Mehrheit in Rußland bringt die unmittelbare Gefahr, daß die übergroße Mehr-

heit der russischen Arbeiter durch die Politik der „roten Professoren“ in Moskau unmittelbar in das Lager der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt werde. Sie ist um so größer, als die Leute Stalins befürchten, daß jede Konzeption hinsichtlich des Abbaues der Diktatur die Gefahr in sich birgt, daß sich zwischen den „Alten“ demokratische Tendenzen einmischen könnten.

Ist es nicht sonderbar, daß die einst entschiedensten Vertreter der Diktatur, Sinowjew und seine Gefolgsleute, jetzt für Demokratie in Rußland kämpfen, während andererseits die Träger der heutigen Diktatur das Bestreben haben, die russischen Arbeiter auf diesem Wege in den Dienst der neuen kapitalistischen Aufbaupolitik zu stellen? Die Fronten im Kampfe gegen die herrschenden Bolschewisten haben sich vollständig umgekehrt. Der Kampf gegen die russische Diktatur ist heute im wesentlichen der Kampf gegen einige Diktatoren, die das Bestreben haben, einen möglichst geschlossenen Abmarsch in die Interessensphären der Kulaken zu ermöglichen.

Insofern hat sich die Mehrheit der russischen Kommunisten weit über die sozialistische Bewegung hinweg nach rechts entwickelt, und wenn jetzt die russische Opposition die Segel streicht, dann ist das lediglich das Eingeständnis für die Tatsache, daß an dieser verhängnisvollen Entwicklung nichts mehr zu ändern ist.

Jagd auf Antifaschisten.

W.B. Rom, 17. Oktober.

In Bologna wurde gestern bei dem republikanischen Abgeordneten eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden dabei allerlei Aufrufe gefunden, darunter auch einer gegen die Todesstrafe sowie ein Aufruf an die Intellektuellen Italiens. Da einige Exemplare dieser Aufrufe bereits verteilt waren, wurde der Abgeordnete den Gerichtsbehörden angezeigt. Auch bei dem republikanischen Rechtsanwalt Bini wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden dabei allerlei Aufrufe gefunden, darunter auch einer gegen die Todesstrafe sowie ein Aufruf an die Intellektuellen Italiens. Da einige Exemplare dieser Aufrufe bereits verteilt waren, wurde der Rechtsanwalt Bini eine Hausdurchsuchung vorgenommen; Bini wurde daraufhin verhaftet. In Rom wurde, wie verlautet, bei der Vertreterin des Berliner Vorwärts (Genossin Oba Oberg) eine Hausdurchsuchung veranstaltet.

Römische Blätter berichten, daß der Schriftleiter des oppositionellen Wochenblattes Attacco, Bottoni, von zwei Faschisten überfallen wurde. Bottoni erlitt eine blutige Verletzung am Kopf.

Stärkt die Macht,



die eure Fesseln sprengt

Bürgerlicher Korruptionswump in Oesterreich.

Von Dr. Otto Leichter, Wien.

Mitte Oktober 1926.

Unendlicher Schmutz ergießt sich über Oesterreich: das Lor zu einem wahren Augiasstall der bürgerlichen Korruption ist aufgetan. Und dem erstaunten Oesterreicher bietet sich das schändliche Bild spekulierender Pfaffen, korrupter Bauernführer und geradezu betrügerischer bürgerlicher Parteiführer. Seit Monaten ist das öffentliche Leben Oesterreichs von dem Skandal der bürgerlichen Korruption beherrscht; seit Monaten müssen die Sozialdemokraten die Funktion geradezu von Kanalmännern versehen und gründlich ausmisten...

Mit dem Zusammenbruch der Zentralbank Deutscher Sparkassen hat es begonnen; oder aufgehört: wie man will. Denn die Zentralbank, ursprünglich dazu bestimmt, Sparkassengelder zu sammeln, ist allmählich die Nährmutter aller verkrachten christlichsozialen Parteigründungen geworden. Sie sollte alle Stände vertuschen oder im Keime erstickend, indem sie alle „frank“ gewordenen in ihren mütterlichen Schoß aufgenommen hat. Das sollte das Ende der christlichsozialen Stände sein, und indes ist dieser Rettungsversuch der Vergangenheit des großen christlichsozialen Ständes geworden. Denn als nun die Zentralbank Deutscher Sparkassen zusammenbrach, kamen nicht nur die dunklen Geschäfte des Großaktionärs dieser Bank, des arischen Großschiebers Wutter, sondern auch alle christlichsozialen Börsenspekulationen in den verschiedenen Parteiunternehmungen an den Tag.

Sie aufzählen, hieße den Rahmen eines Artikels sprengen. Nur einige Beispiele der schändlichen Korruptionswirtschaft:

Die Bauernbank, in der die Spargelder der niederösterreichischen Bauern gesammelt wurden, hat sie buchstäblich verpekuliert. Die Führer der niederösterreichischen christlichsozialen haben alle bei der großen Frankenspekulation im Jahre 1924 riesenhafte Summen — soviel dürfte ein Bauernführer, der vorgibt, kleinbäuerlichen Interessen zu vertreten, gar nicht besitzen! — auf das Börsenspiel verwendet und verloren: sie schuldeten der Bank schließlich große Beträge. Ihre Schulden wurden abgebußt! Die Bauerngelder wurden dazu verwendet, um die Börsenspekulationen der Bauernführer zu decken!

Der steirische Landeshauptmann Prisching, ein „flotter“ Priester, hat etwa 35 000 Mark verpekuliert: sie wurden ihm geschenkt. Derselbe Herr hat vor ein paar Monaten, um sich und die Steirerbank zu „janieren“, mit Landesgebern die Aktien einer Wasserkraftgesellschaft aufgekauft und so bewußt eine Kurstreiberlei inszeniert. Er mußte nun nicht nur seine Funktion als Landeshauptmann quittieren, sondern auch aus dem politischen Leben verschwinden. Nachdem er durch seine Börsenschiebereien den Befähigungsnaehweis für die priesterliche Funktion erbracht hat, ist er wieder zu seinem Seelsorgeramt in das obersteirische Dorf zurückgekehrt, in dem seine politische Laufbahn begonnen hatte.

Aber das ist nur ein kleiner und unvollständiger Ausschnitt aus dem Bild schändlicher moralischer Verworfenheit, das der bürgerliche Korruptionsstandal bietet. Die Bauernbank hat eine regelrechte Spekulation auf den Abbau des Mieterhutes veranstaltet: sie hat in Wien Häuser aufgekauft. Und in dem Direktionsprotokoll, in dem diese Spekulation auf den Raubzug gegen die Mieter beschlossen wurde, heißt es auch deutlich, daß bei dieser Transaktion auch die politischen Beziehungen der Bauernbankfunktionäre, der christlichsozialen Bauernführer mit helfen würde! Wo eine wirtschaftliche Spekulation auf einen politischen Kampf für die Hausherreninteressen! Daß die materialistische Geschichtsauffassung, die alle politischen Motive aus wirtschaftlichen Interessen erklärt, bei dem Kampf der Bürgerlichen so mechanisch angewendet werden kann, das hat man bisher noch nicht gewußt! Es ist eine für die Bürgerlichen katastrophale Enthüllung ihrer mieterfeindlichen Pläne, die infolge des Zentralbankskandals möglich geworden ist.

Aber es ist selbstverständlich, daß diese verwerfliche Korruptionswirtschaft nicht davor zurückgeschreckt ist, auch staatliche Mittel in Anspruch zu nehmen. In das ganze System des bürgerlichen Regierens in den letzten Jahren war systematisch darauf abgestellt, die Macht, die die Verfügung über den Verwaltungsapparat gewährt, dazu auszunutzen, um den ganzen Staatsapparat in den Dienst der Privatgeschäfte der christlichsozialen Parteiführer und ihres Klüngels zu stellen. In der Zeit der Regierung Seipel-Rienböck, in den Jahren 1922/24 nahm die Börsenspekulation und das Gründungsfieber trotz der Stabilisierung der Währung immer noch zu, bis 1924 der große Börsenkrach kam. Da wurden auch alle christlichsozialen Spekulanten „in Mitleidenschaft“ gezogen. Damals sind alle christlichsozialen Parteibanken und ihre anderen Unternehmungen, wie sich jetzt herausgestellt hat, zugrundegegangen. Wenn sie noch zwei Jahre lang dank der christlichen Regierungshilfe ein Scheinbaisein gefrischt haben, so war das nur dadurch möglich, daß man rückwärts Staatsgelder für die verkrachten Parteiunternehmungen und zur Deckung der Spekulationsverluste

der bürgerlichen Parteiführer verwendet hat. Und jetzt ist auch klar geworden, warum die Christlichsozialen selbst die Regierung Seipel im Herbst 1924 gestürzt und durch die schwache und willenslose Regierung Kramel ersetzt haben: die verschiedenen Korruptionisten in den christlichsozialen Landesverwaltungen wollten in Wien ein willkürliches Instrument haben, das kein Bedenken trägt, staatliche und andere öffentliche Gelder dazu zu verwenden, die Schande des Ständes von der christlichsozialen Partei und ihren hervorragendsten Männern abzuhalten. Der damalige Finanzminister Threr, der jetzt plötzlich nach Amerika fahren mußte, um sich dem allgemeinen Partei- und einem persönlichen Familienstand zu entziehen, hat im Finanzministerium jenes schamlose System der Korruption etabliert, bei dem ungefähre Milliarden in die Kassen der Banken, der feirischen Genossenschaften usw. gewandert sind. Da erfährt man jetzt aus dem Untersuchungsausschuss, den das Parlament eingesetzt hat, daß die Postparafese, ein staatliches Institut, Darlehen zu einem besonders ermäßigten Zinssatz geben mußte, um so die Deckung von Verlusten zu ermöglichen. Da hört man, daß der Bund die mit großer Mühe dem Völkerbund abgerungenen Kreditreste den Banken zu einem so niedrigen Zinssatz gewährte, daß sie an den niedrigen Zinsen 5 Milliarden (30 000 Mark) verdienten und sie den pleite gegangenen feirischen Genossenschaften schenkten.

Aber all diese Hilfsmassnahmen haben nichts genützt. Denn auch die Zentralbank Deutscher Sparkassen, in deren Schoß all die schändlichen Parteigeschäfte begraben werden sollten, ist zugrundegegangen. Und nun mußten die christlichsozialen Parteigewaltigen befürchten, daß der ganze Standal bekannt und sie alle schwer kompromittieren werde. Darum haben sie sich nicht geschert, 625 Milliarden aus staatlichen Mitteln für die Rettung der Zentralbank zu verwenden, freilich ohne damit den Standal zu verhüten. Denn nun begann die Untersuchung, die die Geschichte der bürgerlichen Korruption, die zugleich die Geschichte des sechsjährigen bürgerlichen Regierens in Oesterreich ist, enthüllte.

Es ist selbstverständlich, daß die bürgerlichen Parteien, vor allem die Hauptträger der Korruption, die Christlichsozialen, durch den Standal schwer betroffen sind. Sie werden sich von den Keulenschlägen, die seit einem Vierteljahr ununterbrochen auf sie niedersausen, nicht so bald erholen. Die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und den bürgerlichen Parteien haben sich außerordentlich verschärft. Gerade in diesen Tagen tobt im feirischen Landtag der heftigste Kampf um den Minister Kintelen, der, nachdem er seine „Funktion“ als Unterrichtsminister erfüllt, indem er der Zentralbank die 625 Milliarden verschafft hat, nun wieder auf den Posten des feirischen Landeshauptmanns zurückkehren will. Denn seinem Vorgänger, dem Dekananten Prisching, ist ja das Malheur zugefallen, daß er mit einem ungedeckten Börsenkonto erwischte und daß er einer schändlichen Börsenspekulation überführt wurde. Aber Kintelen ist der Hauptschuldige bei der ganzen Korruptionswirtschaft, die in Oesterreich eingerissen ist. Wollte man das System charakterisieren, das die politischen Funktionen nur als eine Ergänzung ihrer Verwaltungsmandate und ihrer Börsengeschäfte betrachtet: man könnte es nicht besser als mit dem Namen Kintelen bezeichnen. Denn er hat das ganze System des Schmutzes für Oesterreich erfunden und als erster bis zur Genialität praktiziert. Darum erfüllen unsere feirischen Genossen jetzt geradezu ein Gebot der öffentlichen Sittlichkeit, wenn sie durch das Mittel der Obstruktion die Wahl Kintelens zum Landeshauptmann zu verhindern suchen.

Es gibt eigentlich keinen anderen Ausweg aus der Krise als die Neuwahl des Parlaments. Aber gerade sie suchen die Bürgerlichen zu verhindern, weil sie sich mit Recht vor dem Urteil des Volkes fürchten. Die Sozialdemokraten haben das größte Interesse daran, die Neuwahlen zu beschleunigen, denn in diesem Parlament dürften kaum noch größere Erfolge für die Arbeiterklasse zu erreichen sein. So hat die politische Krise noch lange nicht den Höhepunkt erreicht. Die feirischen Genossen wollen durch die Obstruktion gegen die Wahl Kintelens die Auflösung des Landtages erzwingen. Neuwahlen in Steiermark können auch die Neuwahlen des Reichstages im Gefolge haben. Die österreichische Arbeiterklasse scheidet sich jedenfalls an, in einen Wahlkampf einzutreten, der außerordentlich heftig, aber auch außerordentlich folgenreich sein wird; denn die österreichischen Arbeiter erwarten, daß sie die kommenden Wahlen wieder um ein großes Stück näher zur Macht im Staat bringen werden.

SPD. Graz, 16. Oktober.
Im feirischen Landtag setzten die Sozialisten am Sonnabend ihre Obstruktion in unverminderter Schärfe fort. Der Präsident sah sich deshalb genötigt, bereits um 12 Uhr mittags die Sitzung zu schließen und auf Montag vormittag zu verlagern.

WB. Wien, 16. Oktober.
Der Bundespräsident entthob auf Grund des ihm zur Kenntnis gebrachten Entlassungsgesuches die Bundesregierung vom Amte und betraute sie mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Die Beamtenorganisationen beschloßen, den Streik aufzuschieben und die Klärung der innerpolitischen Lage abzuwarten.

Neue Schwierigkeiten in der Tschechoslowakei.

SPD. Prag, 16. Oktober.
Die neue deutsch-tschechische Regierung sieht sich bereits vor große Schwierigkeiten gestellt. Schon die Mehrheit für die Regierungserklärung ist fraglich, da die Regierung selbst dann, wenn man ihr die Stimme der Nationaldemokraten als sicher zurechnet, nur über 140 von 300 Stimmen zuverlässig verfügt. Sie ist unbedingt auf die Unterstützung der 23 slowakischen Klerikalen angewiesen, die aber plötzlich verschiedene Forderungen für ihre Teilnahme an der Koalition aufstellten. Sie verlangen ein slowakisches Ministerium, das Schulreferat für die Slowakei, Bestätigung der Kirchengüter von der Kirchenreform und das Konkordat mit dem Vatikan. Wahrscheinlich werden ihnen einige Zugeständnisse gemacht. Damit zeigt sich schon heute, daß die Existenz der neuen Regierung nur um den Preis sozial und kulturell reaktionärer Konzessionen erkaufte werden kann.

Deutsch-österreichische Kundgebung in Potsdam.

Berlin, 18. Oktober.
Anlässlich einer Kundgebung des Potsdamer Reichsbanners für Deutschland und Oesterreich sprach der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Krenner. Er überbrachte die Grüße Oesterreichs und drückte die Hoffnung aus, daß Deutschland und Oesterreich ihren Zusammenschluß ermöglichen können. „Nie“, führte er aus, „wird Deutschland oder Oesterreich eine Monarchie wieder bekommen. Potsdam und Schönbrunn sind Städte der Vergangenheit.“ Hierauf sprach Reichskanzler a. D. Scheidemann, der gegen den Geist von Potsdam Stellung nahm.

Gegen die Untersuchungsausschüsse.

Ein unmögliches Gutachten des Reichsjustizministeriums.

SPD. München, 17. Oktober.
Der Femeauschuss in München verhängte in seiner Sitzung vom 11. Oktober über den Zeugen Röhm eine Geldstrafe von 300 Mark, weil er sich weigerte, auf Fragen des Berichterstatters Dr. Levi zu antworten. Im Anschluß daran wurde in der Öffentlichkeit die Frage der Strafbesetzung des Ausschusses erörtert, zu der sich namentlich auch das Reichsjustizministerium durch ein Gutachten geäußert haben soll, das der Abgeordnete Trochmann (Bayr. Vp.) gewünscht hat. Das Wesentliche dieses Gutachtens ist folgender Abschnitt:

„Da Artikel 34 der Reichsverfassung auf die Beweiserhebungen des Untersuchungsausschusses nur die stammgemäße Anwendung der Vorschriften der Strafprozessordnung zuläßt, entfällt für den Untersuchungsausschuss die Verhängung von Strafen, deren Rechtsunterlage sich nicht in der Strafprozessordnung, sondern im Gerichtsverfassungsgesetz findet. Die in den § 177 und 178 des Gerichtsverfassungsgesetzes dem ordentlichen Gericht eingeräumte Strafbesetzung steht daher dem Untersuchungsausschuss nicht zu. Wird von Personen, die vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen, eine Störung der Ordnung der Sitzung oder eine Angebühr begangen, so ist der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses somit auf die Befugnis beschränkt, die sich aus der parlamentarischen Ordnungsgewalt und aus dem Hausrecht ergeben. Die Mittel der Ordnungsgewalt sind in der Geschäftsordnung für den Reichstag näher bestimmt. Wenn die Vorschriften der Geschäftsordnung sich auch ihrem Wortlaut nach nur auf Abgeordnete, Regierungsvorretreter und Tribünenbesucher beziehen, so dürfen doch ihrer entsprechenden Anwendung auf Auskunftspersonen, die vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen, keine Bedenken entgegenstehen. Geld- und Haftstrafen sind als Mittel der Ordnungsgewalt in der Geschäftsordnung weder vorgesehen, noch könnten sie durch eine Erweiterung der Geschäftsordnung eingeführt werden. Dies könnte nur durch Gesetz geschehen.“

„Freistaat“ Bayern.

Aus München wird dem SPD. geschrieben: Der bayerische Innenminister Dr. Stähler hat einen neuen Beweis seiner republikanischen Gesinnung geliefert. Er hat, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfahren sollte, eine „Innereamtliche“ Verfügung erlassen, die dem bayerischen Hauptmünzamt in München, das allein zur Herstellung gemeindlicher Siegelstücke befugt ist, vorschreibt, daß in den Siegeln der bayerischen Gemeinden, Märkte oder Städte nur das Wort „Bayern“ enthalten sein darf. Ausdrücklich wird unterlagert, etwa das Wort „Freistaat“ mit in solche Siegel aufzunehmen. Der Minister legte Wert darauf, daß diese Verfügung, die er im November vorigen Jahres hinausgegeben hat, geheim gehalten wurde. Das ist zweifellos ein Zeichen seines schlechten staatsbürgerlichen Gewissens; denn als Beamter der Republik und Minister des Freistaates Bayern kennt er natürlich ganz genau den ersten Satz des § 1 der bayerischen Verfassungsurkunde, der lautet: „Bayern ist ein Freistaat“. Die Verfügung ist also nichts anderes als eine Verfassungsverletzung; aber an so etwas haben sich bayerische Staatsbediensteten seit langem gewöhnt, weil sie ja wieder in Amt und Würden eingesetzt werden können.

Württemberg will nicht zurückweichen.

Der Polizeipräsident in Stuttgart hat die Vorführung des Films Panzerkreuzer Potemkin für den Polizeibereich Stuttgart, also für ganz Württemberg, abermals verboten. In der Begründung der Maßnahme wird ausgeführt, daß der aufreizende und auf die Untergrabung der Staatsordnung gerichtete kommunistische Film Anlaß zu Zusammenstößen zwischen Freunden und Gegnern dieses Filmwerkes geben könnte, die sich auch bei entsprechenden polizeilichen Maßnahmen nicht ganz vermeiden lassen dürften.

Mit diesem Verbot hat sich Württemberg bewußt an die Seite Bayerns und in einen offenen Konflikt mit dem Reich begeben. Die Regierung Bazille, hinter der schon lange keine Volksmehrheit mehr steht, begehrt mit dieser Maßnahme eine ungeheure Provokation des württembergischen Volkes, ganz abgesehen von der gesetzlichen Untragbarkeit eines solchen Verbotes. Der Hinweis auf die möglichen Zusammenstöße bei einer Filmvorführung, klingt wie ein hoher angelegter Taktische, daß Württemberg über einen der größten polizeilichen Apparate in Deutschland verfügt. Die Regierung kapituliert vor einer handvoll nationalisistischer Romdys. Das ist die mutige Regierung Bazille, die nach einem Auspruch ihres Chefs die Reichsflaggenfahne vorantreiben will.

Sachsens „große“ Männer.



Greckmann (Deutschnational).

„Dem Volke muß Zucht und Gottesfurcht und fromme Sitte in der Prügelstrafe in der Schule beigebracht werden.“

Dieses angebliche Gutachten des Reichsjustizministeriums geht in seinen Schlussfolgerungen von völlig falschen Voraussetzungen aus und erweckt aus den verschiedensten Gründen den Anschein, als ob es nicht in Berlin, sondern in München, in der unmittelbaren Umgebung des Herrn Dr. Gürtner, entstanden ist. Röhm erhielt 300 Mark Geldstrafe, nicht auf Grund des Gerichtsverfassungsgesetzes, wegen ungebührlichen Betragens, sondern wegen Zeugnisverweigerung auf Grund des § 70 der Strafprozessordnung. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages hat in diesem Falle wie jedes andere Gericht zur Erledigung des ihm erteilten Auftrages das Recht, die Aussage zu erzwingen und das Mittel dazu war die stammgemäße Anwendung der Strafprozessordnung durch Verhängung einer Geldstrafe. In einer späteren Sitzung wird der Ausschuss zu entscheiden haben, ob er nach der Ausführung seiner Strafe gegen Röhm noch Wert auf dessen Vernehmung legt. Verweigerung Röhm im gegebenen Falle wieder die Aussage, so hat der Ausschuss das Recht, über ihn eine noch höhere Geldstrafe oder Haft bis zu 6 Monaten zu verhängen.

Das vorstehende und angeblich vom Reichsjustizministerium stammende Gutachten würde in der Praxis jeden Untersuchungsausschuss lahmlegen und ihn der Lächerlichkeit preisgeben; denn schließlich wäre ein Untersuchungsausschuss, der nicht einmal das Zeugnis erzwingen kann, nichts anderes als ein Spottgebilde für widerspenstige Zeugen. Die Reichsverfassung will das Gegenteil, und das entspricht auch einem früheren Gutachten des Reichsjustizministeriums über die strittige Frage.

Nachspiel zu den Münchner Verhandlungen.

Der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Mittlmann, der das Auftreten des Generals von Epp vor dem Femeauschuss des Reichstages gerügt hatte, hat gegen die Wähler des sogenannten Oberbairischen Zeitungsblocks, die ihn schwer angegriffen haben, Klage wegen verleumderischer Beleidigung erhoben.

Bürgerblockregierung in Danzig.

Auch ein „Erfolg“ der Kommunisten.

SPD. Danzig, 16. Oktober.
An Stelle des vor 14 Tagen gestürzten parlamentarischen Senats der Mittelparteien und der Sozialdemokratie tritt schon in den nächsten Tagen eine Bürgerblockregierung. Die Deutschnationalen, die anfänglich den ihnen unannehmen, vom Völkern und geordneten Abbau des Beamtenapparates und der Gesundheitsfürsorge aus dem Wege gehen wollten, haben sich auf Drängen der ihnen nahestehenden einflussreichen Wirtschaftskreise doch zur Regierungsbildung entschließen müssen. Der von ihnen zunächst propagierte „unpolitische“ Senat fand bei den übrigen bürgerlichen Parteien nur bedingte Unterstützung. Jetzt wird der parlamentarische Senat — es besteht neben ihm ein auf Dauer gewählter achtköpfiger Beamtenschat — rein parteipolitisch zusammengesetzt werden. Allerdings dürften die um die Handelskammer gruppierten reaktionären Wirtschaftskreise einen starken Einfluss finden.

Der neue Senat wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien (Deutschnationale, Zentrum, Liberale, Beamte) mit Ausnahme der Hausbesitzer alias Volksparteigruppe und der zerplitterten Wöllischen gebildet werden. Er verfügt nur über eine knappe Mehrheit von 62 Stimmen bei 120 Abgeordneten, dürfte aber vielfach die Unterstützung der bürgerlichen Arbeitergruppe erhalten. Ueber das Programm der neuen Regierung steht bisher soviel fest, daß sie die Sanierung mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes auf dem Verordnungswege durchführen will. Bei der Kürzung der Beamtengehälter will man jedoch nur im Einvernehmen mit der Beamtenschaft vorgehen. Dagegen scheint die neue Regierung, die Mitte der kommenden Woche gewählt werden soll, sich vor allem eine Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge angelegen sein lassen zu wollen. Sollte dem neuen Senat tatsächlich ein Abbau der sozialen Fürsorge gelingen, so tragen die Kommunisten hierfür die Hauptverantwortung, da sie dem Bürgerblock durch Sturz des alten Senats den Weg gebahnt haben.

Ueber das Programm, auf das sich die Blockparteien geeinigt haben, berichtet die Telegraphen-Union: Hauptaufgabe der Regierung ist die endgültige Herbeiführung der Gesundung der Staatsfinanzen. Diesem Zweck soll ein Ermächtigungsgesetz dienen, das dem Senat die Ermächtigung gibt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

1. Zur Erreichung des Zollverteilungsschlüssels.
2. Zur Regelung der Einnahmen aus dem Tabakverbrauch im Wege der direkten Besteuerung oder des Monopols.
3. Zur Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer, der 3 Prozent der zu entrichtenden Steuer nicht überschreiten darf und zur Verringerung der Einkommenbesteuerung der ledigen Personen.
4. Zur Vereinfachung der Verwaltung und Justiz mit dem Ziele, Ersparnisse zu machen, insbesondere die Zahl der Staatsbediensteten herabzusetzen.
5. Zur Aufstellung eines Ergänzungsetats für die Zeit vom 1. Oktober 1926 bis zum 31. März 1927 und die Festsetzung eines Höchstbetrages für die Haushaltsausgaben in dem Rechnungsjahr 1927/28.
6. Zu Verhandlungen über eine Anleihe bis zum Betrage von 30 Millionen Gulden.

Das Ermächtigungsgesetz soll am 31. März 1927 in Kraft treten. Die notwendigen Regelungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge sollen außerhalb des Rahmens des Ermächtigungsgesetzes durch ein vom Volkstag zu beschließendes besonderes Gesetz erfolgen. Ueber die Personen, die zur Wahl als Senatoren vorgeschlagen werden sollen, sind noch keine Vereinbarungen getroffen worden.

Kampf um mecklenburgische Klöster.

In dem Rechtsstreit Mecklenburg-Strelitz gegen Mecklenburg-Schwerin wegen Feststellung der Verfügungsberechtigung hinsichtlich der Vermögen ehemaliger Landesklöster und früheren Stände fällt der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Simon am Sonnabend eine wichtige und grundsätzliche Entscheidung. Mecklenburg-Strelitz stützte sich auf die historischen früheren Abmachungen und Verträge der Herzöge und Stände über das Nutzungs- und Vermögensrecht der Klöster und der Güter im Friedenswert von 2½ Millionen. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einem Beschluß, der lautet: „Der Antrag Mecklenburg-Strelitz wird abgelehnt. Alle früheren Verträge und Abmachungen der Stände wären in Wegfall gekommen. Durch die Revolution sei das Ständewesen beseitigt worden und alles Vermögen und Nutzungsrecht, das von den Ständen über die Klöster ausgeübt wurde, sei auf den Freistaat Mecklenburg übergegangen. Es müßten somit die Klöster dem Freistaat Mecklenburg-Strelitz übergeben werden.“

Adolf Hoffmann.

Fünzig Jahre Sozialdemokrat.

Der weiße Feuerkopf ist jedem Besucher sozialdemokratischer Parteitage in schillernder Erinnerung geblieben. Adolf Hoffmann feierte gestern den 50. Jahrestag seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei. Er gehört der alten Garde an, die die Sturm- und Drangzeiten der deutschen Arbeiterbewegung in vornehmster Linie durchkämpften. Der Berliner Jubilar wurde durch seine ebenso humoristische wie satirische Ader in der gesamten politischen Welt Deutschlands bekannt, und jedem Arbeiter, der sich über die Art und das Wesen des großen Jubilars orientieren will, sei empfohlen, sein Schriftchen, betitelt „Epioden und Zwischenrufe“ in die Hand zu nehmen.

Adolf Hoffmann war Jahrzehnte hindurch der bestgeachtete Mann in der bürgerlichen Gesellschaft. Im Kampfe gegen die christliche Kirche stand er an vorderster Stelle. In Hunderttausenden von Exemplaren hatte seine Kampfschrift über die biblischen 10 Gebote in allen Bevölkerungskreisen Eingang gefunden. In der Öffentlichkeit war er als der John-Gebote-Hoffmann jedermann bekannt. Adolf Hoffmann gehörte während der fünf Jahrzehnte seines Wirkens ungeschwächt zum linken Flügel der Partei. Neben manchem anderen ging er auf dem Spaltungsparteitag in Halle zu den Kommunisten über. Er war aber auch einer der ersten, der nach dem mitternächtlichen Putsch und nach den Entlassungen Lewis den Weg zurückgefunden hat. Infolge der Differenzen bei der Aufstellung der Wolllisten in den Berliner Kreisen ist der gefürchtetste Zwischenrufer der Parliamente heute ohne Mandat. Er gehörte zu dem kleinen Häuflein, das im preussischen Dreiklassenlandtag den Kampf gegen das Gewaltregime der Junker an vorderster Stelle führte.

Auch wir entbieten dem großen Jubilar die herzlichsten Wünsche zu seinem Ehrentag und hoffen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch ein weiteres Jahrzehnt im Dienste der sozialistischen Bewegung tätig zu sein.

Schluß des radikalen Kongresses.

Sarraut Parteivorstand.

W. B. Bordeaux, 10. Oktober.

Nachdem in einer Rede auf dem Kongress der Radikalen Partei der Wunsch geäußert worden war, daß die Regierung ihre gegenwärtige Politik in Syrien, überhaupt ihre Kolonialpolitik, ändern möge und ein dementsprechender Antrag eingebracht worden war, verlas der Berichterstatter für die auswärtige Politik folgende Tagesordnung:

Der radikale Kongress beglückwünscht sich zu dem Ergebnis der im Juni 1924 von Herriot eingeleiteten, und in Genf, Locarno und Thoiry fortgesetzten auswärtigen Politik, die auf die Reorganisation Europas und die Befestigung des Friedens abzielt. Der Kongress billigt vollkommen das Abkommen von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und wünscht, daß auch Brasilien und Spanien dort bald ihre Plätze wieder einnehmen. Er bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß auch Rußland und die Vereinigten Staaten an dem gemeinsam in Genf vom Völkerbund verfolgten Werk mitarbeiten.

Eine zweite Tagesordnung beschäftigt sich mit der Schuldenfrage. Der Kongress ist der Ansicht, daß bei der Ratifizierung des Abkommens von Washington Vorbehalte gemacht werden müssen, die darauf abzielen, sich dagegen zu sichern, daß Frankreich an die Vereinigten Staaten und an England mehr zu zahlen hat, als es selbst von seinen europäischen Schuldnern erhält und daß im Falle von Uneinigheiten zwischen den Regierungen ein Schiedsgerichtverfahren bestimmt wird, das für eine bestimmte Zeit Transferrierungen festsetzt, ohne daß dadurch die Währungsstabilität gefährdet wird. Der Kongress ist der Ansicht, daß Vorbehalte gemacht werden müssen, über deren Bedeutung keine Zweifel entstehen können. Nach Beilegung dieser Tagesordnung ergreift Caillaux das Wort zur Schuldenfrage. Er ging zunächst kurz auf seine Verhandlungen in Amerika und England ein und erklärte, jetzt müsse die Frage geregelt werden. Die Konsolidierung des Franken sei gegenwärtig unerlässlich.

Hierauf wurde die allgemeine Diskussion geschlossen und die Tagesordnung zur Abstimmung gestellt. Caillaux forderte ihre Annahme, jedoch mit dem Vorbehalt, daß dadurch nicht der Regierung die Hände gebunden werden. Nach längerer Debatte wurden die Tagesordnung, auch der Antrag betreffend die Aenderung der Politik in Syrien, angenommen.

Senator Maurice Sarraut wurde von dem Kongress der Radikalen Partei mit insgesamt 544 Stimmen zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Der Pariser Korrespondent des Soj. Pressebüros teilt zu dem Ausgang des radikalsocialistischen Parteitages folgendes mit:

Die Hoffnung, daß der Parteitag in Bordeaux eine Klärung der innerpolitischen Situation in Frankreich und eine offene und freimütige Aussprache über die Vorgänge im Juli schaffen würde, hat sich nicht erfüllt. Die Entschliebung, deren fast einstimmige Annahme die innerpolitische Auseinandersetzung schloß, ist ein politisches Akrobatentunststück schlimmster Sorte. Sie versucht so ziemlich allen Strömungen in der Partei gerecht zu werden, ohne sich nach der einen oder anderen Richtung festzulegen. Sie läßt jede Interpretation zu und wenn die „Ere Nouvelle“ am Sonnabend die Forderung der Rückkehr zur Kartellpolitik herausstellt, so hat das nicht mehr, aber auch nicht weniger Berechtigung als die von den Blättern anderer Richtung vertretene Auffassung, daß die Resolution im Gegenteil die neue Politik der Partei, d. h. ein Zusammengehen mit der Gruppe des Nationalen Bloks, billigt.

Von dem Kartell war in der Resolution, sicherlich ohne Absicht, überhaupt nicht die Rede. Sie spricht lediglich von der Zusammenarbeit mit denjenigen Parteien der Linken, die sich mit den Radikalsocialisten aufrecht zu gemeinsamer Aktion zu verbinden wünschen, womit ebensoviel die Sozialisten wie die neuen Verbündeten der Radikalsocialisten von der Gruppe des Herrn Loucheur bis zu den gemäßigten Republikanern Poincarés und Barthous gemeint sein können. Die erste und natürliche Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Politik des 11. Mai wäre eine unzweideutige Deklaration der verhängnisvollen Schwertung vom Juli dieses Jahres gewesen, d. h. die sofortige Zurückziehung der radikalsocialistischen Minister aus dem Kabinett Poincaré. Ein dahingehender Antrag ist nicht einmal gestellt worden. Das alles zeigt, daß es der Partei lediglich darum zu tun war, sich den Weg nach allen Seiten offen zu halten. Die Haltung der Sozialisten ist dadurch von selbst gegeben. Mit einer Partei, die solcher Wandlungen fähig ist, ist auf die Dauer eine gemeinsame Politik nicht möglich.

Abgelehnte Auslieferungsanträge.

II. Paris, 16. Oktober.

Die französische Linkspresse berichtet, daß die spanische Regierung die Auslieferung der vier Spanier verlangt habe, die angeblich ein Komplott gegen König Alfons von Spanien vorbereitet haben sollen. Auch die argentinische Regierung soll sich diesem Auslieferungsverlangen angeschlossen haben. Diese Forderungen werden jedoch einmütig abgelehnt.

Betrug an den Kriegsbeschädigten.

Das Glück des Freiherrn.

Wie die Berliner Morgenblätter melden, wurde der Freiherr Rudolf von Grabow, der zuletzt in Pantow wohnte, bei einem Schwindel gefaßt. Ende vergangenen Jahres ließ er sich bei leitenden Persönlichkeiten von Großbanken, Industriellen und kaufmännischen Unternehmungen melden und wurde überall empfangen. Vorgelassen, hat er dann um einen Beitrag zur Fürsorge der aus den Krankenhäusern entlassenen Kriegsbeschädigten und erhielt fast durchweg namhafte Spenden. Viele Monate später erst erfuhren die Geber durch einen Zufall, daß eine Fürsorge dieser Art nicht besteht. Im Sommer wurde der Schwindler von einem Betrogenen erkannt und der Polizei übergeben. Nachdem das Verfahren gegen ihn eingeleitet worden war, wurde er, da Fluchtverdacht nicht vorlag, bis zur Aburteilung entlassen. Er nahm sofort sein altes Betrugsmaske wieder auf. Seine Schwindeleien brachten ihm eine tägliche Durchschnittseinnahme von 50 Mark. Bei einer großen Firma der Kauffachindustrie erzielte ihn jetzt das Geschick.

218 Tote in Hannover.

Die staatliche Medizinalbehörde teilt mit: Die Zahl der Erkrankungen hat in Hannover in der letzten Woche weiter abgenommen. In den Krankenhäusern und Hilfskrankenhäusern waren am Sonnabend noch 1502 Typhustrakte und Typhusverdächtige untergebracht. (Seit Mittwoch 28 Zugänge, 80 Entlassungen und 6 Todesfälle.) Die Zahl der in den Wohnungen liegenden Kranken hat sich kaum erhöht. Die in den letzten Wochen Neuerkrankten sind fast ausschließlich Leute, die mit Typhustrakten oder ihren Ausleerungen in Berührung gekommen sind. Bislang ist etwa der vierte Teil der Bevölkerung geimpft worden.

Gesellschaftsskandal in Braunschweig.

Mit stillosen Verhörungen in der sogenannten guten Gesellschaft hatte sich das Große Schöffengericht in Braunschweig zu beschäftigen. Die Ehefrau des Schiffarztes Dr. Wehrenpennig war angeklagt, in ihrer 9-Zimmer-Wohnung öfters Festgelage mit reichlichem Alkoholgenuss veranstaltet und dabei Damen und Herren Gelegenheit zu haben, anschließend intime Schäfersündchen

abzuhalten. Gäste der freundlichen Hausfrau waren vor allem Referendare, Rechtsanwälte und selbständige Kaufleute. In den eingeweihten Kreisen führte die Wohnung den Spitznamen „Roter Teppich“. Der Ehemann der Angeklagten hatte von dem Treiben seiner Frau keine Kenntnis, da er häufig monatelang auf Auslandsreisen war. Ein Regierungsassessor des Braunschweigischen Staatsministeriums hat drei Monate den Ehemann vertrieben. Das Urteil gegen Frau Wehrenpennig lautete auf 7 Monate Gefängnis.

Seemanns Tod.

Der Dampfer „Gulie“ ist am Sonntag, wie aus London gemeldet wird, 8 Meilen von Godbout entfernt gesunken, wobei 10 Männer und eine Frau ertrunken sind, während 5 Personen gerettet werden konnten.

Ein Geldbriefmarde. Die Nachforschungen, die in Köln wegen des Verschwindens zahlreicher Geldbriefe im Gesamtwert von etwa einer Viertelmillion angesetzt wurden, haben zu der Verhaftung eines Oberpostsekretärs geführt. Dem bereits die Verabreichung eines Geldbriefes mit 16000 Mark nachgewiesen wurde.

Explosionsunfall bei einem indischen Fest. Während des Feuerwerks aus Anlaß des Dasserah-Festes ereignete sich in Lahore ein schweres Unglück. Durch die vorzeitige Explosion eines Feuerwerkskörpers wurden zwei Feuerwerker getötet und etwa dreißig Zuschauer schwer verletzt.

Zugunfall in Holland. Wie die holländischen Blätter aus Gede berichten, sind dort zwei Güterzüge zusammengestoßen, wobei die beiden Lokomotiven sowie vier Güterwagen schwer beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt; doch ist der Materialschaden sehr bedeutend.

Zugunfall in Amerika. Der aus zwei Lokomotiven und zehn Waggons bestehende Schnellzug New York-St. Louis ist in Fisher (Ohio) entgleist. Der Lokomotivführer wurde durch die Zusammenstoß mit einem Güterwagen schwer verletzt. Von den Fahrgästen wurde niemand verletzt.

Auto-Zusammenstoß. In Straßarabien bei Ramens (Schlesien) fuhr das Auto eines Baumverwalters mit voller Wucht auf einen die Straße überquerenden Fabrikwagen. Das Auto schlug um und wurde zertrümmert. Der Besitzer des Autos war sofort tot, die beiden anderen Insassen trugen Verletzungen davon. Wie die Berliner Morgenblätter melden, ereignete sich am Sonntagabend in Weihenstephan ein Zusammenstoß zwischen einer Autobuslinie und einem Straßenbahnwagen, bei dem fünf Personen verletzt wurden. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Droschke umstürzte und die linke Seitenwand eingedrückt wurde, während der Straßenbahnwagen unbeschädigt blieb.

Eine Rede Wanderveldes.

Anlaßlich eines Festens des Vereins ausländischer Journalisten in Brüssel hielt Wandervelde eine wichtige Rede über die internationalen Beziehungen. In berechneten Worten legte er den Pressevertretern aus Herz, was sie für das Wohl und Wehe internationaler Verständigung und für den Völkerverfrieden tun könnten. Wandervelde führte ungefähr aus:

Für meinem Wege als Friedensspilger, als Sozialist und als Teilnehmer der internationalen Konferenzen in Frankfurt, Hamburg bis Locarno und Genf bin ich folgerichtig geblieben und habe nichts von meinen Überzeugungen und Hoffnungen geopfert. Selbst in Belgien, dessen Lebensinteresse doch so klar den Frieden erhellt, gehen die Ansichten über die internationale Lage weit auseinander.

Die einen wollen einen Siegfrieden, einen Eroberungsfrieden, gestützt auf Waffen und unabänderlichen status quo, gegründet auf Verträgen, die man für immer heilig proklamiert. Die anderen wollen Frieden ohne Sieg, von allen Teilen freiwillig akzeptiert, gegründet auf Gerechtigkeit und auf Verträgen. Was die einen als ungerechte Kapitulation verurteilen, erscheint den anderen als notwendige Konzession im Friedensinteresse und als glückliche Selbstüberwindung. Man hätte sich vor allem vor einer einseitigen nationalen Auffassung. Hören wir auch die andre Seite, z. B. die Kriegsschuldfrage. Gewiß, was Belgien betrifft, dürfen wir mit Recht behaupten: Diese Frage existiert nicht. Sie ist bereits durch Bethmanns Bekenntnis im Reichstag längst erledigt. Aber was die andern Länder betrifft: Darf man heute noch nach allen amtlichen und nichtamtlichen Veröffentlichungen die absolute ausschließliche Kriegsschuld Deutschlands als unüberwindliches Dogma betrachten, worüber man nicht einmal diskutieren darf.

Entwaffnung und interalliierte Militärkontrollen sind ein andres, brennendes Problem, wobei die Presse ebenfalls schwer gesündigt hat, indem sie glauben machen wollte, daß alle Deutschen unterschiedlos nur an Revanche denken. Gewiß, amtliche Berichte lassen keinen Zweifel darüber, daß Deutschlands Entwaffnung noch unvollendet ist und daß von deutscher militärischer Seite alles getan wird, um einer Entwaffnung zu entgegen. Solange dies der Fall ist, wird eine Annäherung natürlich überhaupt erschwert. Auch kann man die Reichswehr kaum als republikanische Garde betrachten. Aber es gibt auch in anderen Ländern, das den Frieden will und seinen Revanchekrieg. Da muß gesagt werden: wenn Deutschland wirklich entwaffnet werden soll, dann müssen auch die andern Länder entwaffnen. Darum begrüße ich die Bemühungen von Bensch, Paul-Boncour, de Brouckere in Genf, auf Einberufung einer Entwaffnungskonferenz.

Weber Thoiry sagte Wandervelde, die meisten dort berührten Punkte interessierten auch Belgien. Die französische Regierung wolle diese Fragen im Einvernehmen mit den andern Alliierten prüfen, und diese Prüfung habe tatsächlich schon begonnen. Weber den Damesplan sei in Thoiry nicht gesprochen worden, aber es könne seinem entgegen, daß der Tag nahe ist, an dem die Regierungen die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden im Geiste der Pariser Konferenz Sozialistenkonferenz überprüften müßten. Wenn diese Prüfung stattfindet, werde Belgien die Frage der während der deutschen Besetzung in Belgien zwangsweise eingeführten Papiermark aufwerfen, was die Reichsregierung schon unter Erzberger als gerechtfertigt anerkannt hat.

Wandervelde schloß: Ich werde den Kampf für meine Ideen auf internationalem Gebiete fortsetzen; für eine Befriedung der Welt, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für eine nicht aufgezwingene und einseitige, sondern freiwillige und gegenseitige Entwaffnung, für die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlage der Vereinigten Staaten Europas, auf der der Frieden aufgebaut werden wird.

Deutschnationale Betrüger.

L. Großes Aufsehen erregte vor Jahresfrist die Verhaftung einer Anzahl Beamten des Landratsamtes Neurode in Schlesien wegen Amtsverbrechen. Dem Treiben dieser Leute, die sich sehr sicher fühlten, wurde erst Einhalt geboten durch das energische Eingreifen des damaligen Kreisleiters, des jetzigen Landrats von Waldenburg, Genossen Franz, der gleich nach seinem Amtsantritt die ganze Gesellschaft entlarvte.

Nach einer langwierigen Untersuchung hatten sich jetzt vor dem Großen Schöffengericht in Glöck in mehrstägiger Verhandlung der Rentant Scholz, der Kreisassessorspikler Spitzer, der Bureaugehilfe Rudolf und der Lehrer Köhler, Bergmann, Adam zu verantworten. Die Anklage warf ihnen vor, in den Jahren 1923 bis 1925 fortgesetzt als Beamte Gelder, die sie in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hatten,

unterzujagen zu haben. Ferner hatten die Angeklagten Rechnungen und Bücher unrichtig geführt und gefälscht, sowie Urkunden vernichtet und beiseite geschafft usw. Durch die Manipulationen wurde der Kreis, soweit dies die geradezu verwahrsamten Bücher erkennen ließen, um die Summe von 24 000 Mark geschädigt.

Scholz und Spitzer, die als Beamte gelten, wurden zu je zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Unterjuchungshaft verurteilt. Für 5 Jahre wurde ihnen die Fähigkeit zur Befolgung von öffentlichen Ämtern abgesprochen. Bergmann erhielt 6 Monate Gefängnis, während die Angeklagten Köhler, Rudolf und Adam freigesprochen wurden. Die zu Zuchthaus Verurteilten waren ehemalige Deutschnationale, die sich viel darauf zugute taten, daß sie auch in der Republik die Ämter geblieben waren. Bergmann, dem nachgewiesen wurde, daß er 2000 Mark aus dem offenstehenden Tresor gestohlen hatte, war — Stahleimführer.

Ruhmanns „Ehrenwort“.

Der einst vielgenannte Affessor Dr. Ruhmann ist j. Mittelpunkt und Hauptbeteiligter in einem Ehescheidungsprozeß. Das wäre an sich nicht weiter erwähnenswert, wenn nicht der Charakter des Mannes dabei noch einmal deutlich enthielt würde. Während die in Frage kommende Ehefrau eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, mit Dr. Ruhmann wiederholt die Ehe gebrochen zu haben, und auch ihr Anwalt in seinem Schriftsatz an das Gericht den Ehebruch zugibt, erklärt der Herr Affessor a. D.: „Meine Beziehungen zu der Ehefrau waren niemals derart, daß auf Grund ihrer die Ehe geschieden werden könnte“. Dann macht Ruhmann — ebenfalls recht bezeichnend für die ganze Mentalität dieses Hüters der staatlichen Ordnung — noch einen feinen Unterschied zwischen dem Wort eines Ehrenmannes, das er dem betrogenen Ehemann gegeben haben will und einem formalen Ehrenwort. Das ist Herr Dr. Ruhmann, wie er lebt und lebt, eine Zierde der guten völkischen Gesellschaft.

Fememordprozeß in voller Öffentlichkeit?

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das preussische Justizministerium die Landberger Staatsanwaltschaft angewiesen, in dem am 25. Oktober vor dem dortigen Schwurgericht beginnenden Fememordprozeß gegenüber dem zu erwartenden Anträgen der Verteidigung auf Ausschluß der Öffentlichkeit den Standpunkt der Regierung zur Geltung zu bringen, daß die Verhandlung unbedingt in voller Öffentlichkeit vor sich gehen möge. Ob sich das Gericht um den „Standpunkt der Regierung“ kümmern wird? Nach den bisher gemachten Erfahrungen muß man das noch bezweifeln.

Geschlossene Ausstellungen.

Am Sonntagabend fand in der Rheinhalle in Düsseldorf eine offizielle Schlußfeier zum Abschluß der großen Ausstellung „Geologie“ statt. Wie Oberbürgermeister Dr. Lehr dabei mitteilte, wurde die Ausstellung von rund 7 1/2 Millionen Menschen besucht, von denen mindestens 3 1/2 Millionen Fremde gewesen seien. Ein wertvoller Teil des in der Geologie Gezeigten wird in einem deutschen Museum für Wirtschaft und Gesellschaft erhalten bleiben.

Auch die Berliner Polizeiausstellung wurde am Sonntag geschlossen. Wie berichtet wird, stratteten ihr am letzten Tag noch einmal über 30 000 Personen einen Besuch ab. Insgesamt ist die Ausstellung von über 500 000 Personen besucht worden.

Berichtungs-Kalender

Montag, den 18. Oktober 1926.

Bund der sozialistischen Freidenker. Alt-Leipzig, Volkshaus. Mitt. Metallarbeiterverband, Funktionäre. Erläute Aus, Bernhardstraße, 1/2 Uhr.

Dienstag, den 19. Oktober 1926.

Bund der sozialistischen Freidenker. Leubisch, Schwarzer Jäger, 1/2 Uhr. Holzarbeiter. Metallindustrie. Delegierte und Betriebsräte, Volkshaus, nachm. 5 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Liebmanna in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Seppand in Leipzig.

Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Berliner Spiegel.

Herbstkürze — Die Friedrichstraße — Sittenpolizei — Kinder in der Prostituiertenwohnung — Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Von den Herbstkürzen, die über Norddeutschland hinbraußen, hat auch Berlin sein Teil bekommen. Nicht einmal vor der Polizeiausstellung haben die meisten Geckellen Respekt gehabt. Ein großer Reflektorenballon irgendeines Berliner Revueheaters ist dort vom Sturm schlangentwies abgerissen worden.

Mag der Herbstwind jetzt auch recht unfreundlich durch die Straßen heulen; das stört den Berliner nicht. Er geht seinen Geschäften und Vergnügungen nach wie zuvor und hat immer keine Zeit. In den Straßen heht und jagt alles. Nur wenn man am Sonnabend oder Sonntag abends, so zwischen 8 und 9 Uhr durch die Friedrichstraße geht, muß man sein Tempo weichen lassen.

Die Sittenpolizei ist überhaupt auf dem Damm. Hat sie ja längst in einem Revueheater am Kurfürstendamm eine Tanzstudie „Kaiser“ wegen Unzüchtigkeit verboten. Die Sache hat zwar nichts mit Unzüchtigkeit zu tun, vielmehr versucht das Tänzerpaar in erdhafter Arbeit ein Motiv durch Tanz darzustellen.

In manch anderen Fällen ist man viel weitherziger in der Beurteilung unsittlicher Zustände. Da, wo's nicht am Plage ist. Eine in Not geratene Familie bezog mit ihren sechs Kindern, im Alter von 3 bis 15 Jahren, eine Stube mit Küchenbenutzung in Untermiete. Es war in der Wohnung einer Prostituierten, wie sich später herausstellte. Die Vermieterin wohnt in derselben Stube, die von der Familie mißbraucht wird.

Die Berliner Presse war in den letzten Tagen voll von Nachrichten über Reichstagskrisen, Hohenzollernabfindung und Gemeinderatsunterwerfung. Der Fremdenauschuss hat ja jetzt seine Zeugnenerhebung in München beendet und wird seine nächsten Sitzungen wieder in Berlin abhalten. Deutschland ist eine Republik und das Parlament hat deshalb die höchste Gewalt.

Die Berliner Presse war in den letzten Tagen voll von Nachrichten über Reichstagskrisen, Hohenzollernabfindung und Gemeinderatsunterwerfung. Der Fremdenauschuss hat ja jetzt seine Zeugnenerhebung in München beendet und wird seine nächsten Sitzungen wieder in Berlin abhalten. Deutschland ist eine Republik und das Parlament hat deshalb die höchste Gewalt.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Dritter Verhandlungstag.

In der Sitzung vom Donnerstag werden die Anträge verhandelt, die den Vorstand und seine Organe betreffen. Unter Zurückziehung zahlreicher Anträge wird ein Kompromiß Berlin-München-Hamburg-Frankfurt a. M. zur Beratung gestellt. Es gelangte nach lebhafter Debatte zu einer Annahme und bestimmt im wesentlichen folgenden: Der Hauptvorstand wird nur noch aus folgenden Angehörigen bestehen.

In der Nachmittagsitzung spricht Niemann vom Hauptvorstand zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Tarif- und Lohnpolitik“. Er schildert das Streben der Unternehmer, das einem Generalangriff auf das Tarifverhältnis gleichkommt. Es gibt bereits Orte, in denen ein tarifloses Verhältnis besteht. Diese Erscheinungen sind begründet durch die Wirtschaftskrise. Die Unversämtheit der Unternehmer geht soweit, daß sie eine Arbeitslosigkeit bis zu 15 Stunden

fordern. Bei dem Kampf, den sie für den Lohnabbau führen, operieren sie mit dem Hinweis darauf, daß der Abbau nur in Frage käme für Festbesoldete, womit sie die zwei Gruppen der Festbesoldeten und die nach Prozenten Bezahlten gegeneinander ausspielen wollen. Vor allen Dingen gilt der Kampf dem Urlaub, den die Unternehmer ohne Bezahlung gern gewähren wollen. Sie unterschätzen aber die Kraft des Verbandes, der alle Verschlechterungen abzuwehren in der Lage sein wird.

Nach einer sehr lebhaften Aussprache gelangt folgende Entschlieung zur Annahme:

„Der Verbandstag nimmt Kenntnis von dem erfolglosen Verlauf der von den Arbeitnehmerorganisationen angeführten Verhandlung zur Erzielung eines einheitlichen Lohnniveaus für das Bedienungspersonal. Die Arbeitgeberorganisationen haben durch ihr ablehnendes Verhalten bewiesen, daß sie eine Regelung auf diesem Gebiete gar nicht wollen, und sie tragen demnach die Verantwortung für das Weiterbestehen der chaotischen Zustände in der Bezahlung des Bedienungspersonals. Durch die hierdurch häufig verurteilte Fressföhne der Gäste, die sehr oft zu Differenzen mit den Angestellten Veranlassung gibt, wird das Ansehen des ganzen Gewerbes herabgewürdigt.“

Der Verbandstag stellt fest, daß die gastwirtschaftlichen Unternehmer die derzeitige Wirtschaftskrise und die damit zusammenhängende, zum erheblichen Teil aber auch selbstverschuldet, teilweise

ungünstige Geschäftslage benutzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz allgemein zu verschlechtern.

Außerordentlich bedauerlich ist, daß die Schlichtungsbehörden, mit sehr wenigen Ausnahmen, den Arbeitgebern in ihrem Bestreben, die soziale Lage der Arbeitnehmer zu verschlechtern, behilflich sind. Fast durchweg haben die Schlichtungsbehörden ohne jedes Verständnis für das kulturelle Streben der Arbeiterschaft den Lohnabbau durch Schiedsprüche gefördert und dort, wo sie es beim bisherigen Zustand liehen, oder eine kleine Aufbesserung empfahlen, haben dann die Schlichter die Verbindlichkeit verweigert.

Demgegenüber erklärt der Verbandstag aufs neue, daß er die Durchführung der letzten auskömmlichen Entlohnung für alle Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe als eine der Hauptaufgaben des Verbandes betrachtet und daß jede Gelegenheit benutzt werden muß, um dieses Ziel zu erreichen. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zunächst jeder Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken, und, soweit das Prozentensystem in Betracht kommt, jedwede Abgabe zu verhindern und für ausreichende Garantielöhne einzutreten.

Die Zweigvereine müssen den noch außerhalb der Organisation stehenden Berufsangehörigen klar machen, daß sie bei den Arbeitgebern und bei den Schlichtungsbehörden kein Verständnis für ihre Notlage zu erwarten haben, sondern daß sie sich nur durch lächelnden Zusammenhalt im Zentralverband eine bessere Existenz erkämpfen können.“

Ein Hohn auf die Not der Ausgesteuerten

Hege der Arbeitgeber-Zeitung.

Das Verhalten der deutschen Unternehmer in den letzten Wochen hat bei den verschiedensten Gelegenheiten keine Unklarheit darüber gebracht, daß die Anbiederung der Silberberge an die Arbeiterbewegung keinerlei Veränderung ihrer sozialpolitischen Einstellung bedeutet. Recht wirkungsvolle Belege dafür erbringt jetzt erneut die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, die sich in ihrer Nummer vom 17. Oktober eine Hege gegen diejenigen erlaubt, die in der gegenwärtigen Situation sicherlich mit zu den Vermitteln der Armen gehören, nämlich gegen die ausgesteuerten Erwerbslosen. Die Arbeitgeber-Zeitung behauptet, daß die Gewerkschaften die ausgesteuerten Erwerbslosen zu „Staatspensionären“ zu machen gedenken und dabei außer Betracht lassen, daß es sich gerade bei den ausgesteuerten Erwerbslosen vielfach um Personen handelt, die am wenigsten einer solchen „Bergünstigung“ würdig wären.

Die Arbeitgeber-Zeitung läßt diese Behauptung ohne Beweis. Daß sie aber informiert ist, welche Schicksale der Arbeiterschaft insbesondere zu den dauernd Erwerbslosen geworfen werden, beweist ihre Einstellung gegen besondere Maßnahmen für die Unterbringung älterer Arbeiter im Produktionsprozess. Tatsächlich hat ja die „Nationalisierung“ ganz besonders zur Brotlosmachung älterer Arbeiter und Angestellter geführt; die Aussicht, daß diese aus der Reihe der Arbeitenden Ausgestoßen werden Arbeit finden, ist sehr gering. Das weiß jeder Arbeiter aus persönlichen Erfahrungen; das weiß auch die Arbeitgeber-Zeitung, deren verantwortliche Leiter sicherlich in Freundeskreisen nicht gerade selten ein verschmitztes Grinsen zu sehen bekommen, wenn über diese Seite der „Nationalisierung“ gesprochen wird. Weil nun die Lage für die älteren Arbeiter und Angestellten trostlos ist, deshalb haben die Gewerkschaften sich für einen gesetzlichen Zwang gegenüber den Unternehmern eingesetzt, in bestimmtem Verhältnis zur Zahl der von ihnen Beschäftigten, auch Arbeitskräfte der höheren Altersstufen einzustellen. Dieser Zwang ist, wenn auch unvollkommen, für Angestellte inzwischen Reichsgesetz geworden. Für ältere Arbeiter muß diese Sicherstellung noch verwirklicht werden. Die Arbeitgeber-Zeitung behauptet nun, daß eine solche Fürsorge „jeder vernünftigen Sozialpolitik Hohn spricht“, und daß der Reichstag nach der Verwirklichung eines gewissen Schutzes für die älteren Angestellten nunmehr sehen könne, wie er „durch seine Bewilligungsfreudigkeit die Begehrlichkeit der breiten Massen in ungeahntem Maße zu steigern verstanden habe“.

Die Arbeitgeber-Zeitung befaßt sich auch mit der Entscheidung des Reichsarbeitsministers an die Wohlfahrtsämter, den ausgesteuerten Erwerbslosen Armenunterstützung in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zukommen zu lassen. Die Arbeitgeber-Zeitung bezweifelt die rechtliche Zulässigkeit dieser Anweisung und behauptet, daß ohnehin schon die Wohlfahrtsämter weit höhere Unterstühtungen bezahlen, als aus der Erwerbslosenfürsorge gezahlt werden. Nach dieser Erklärung der Arbeitgeber-Zeitung, müßten ja dann die Ausgesteuerten froh sein, in die Wohlfahrtspflege zu kommen. Tatsächlich weiß auch in diesem Falle wieder jeder Arbeiter aus persönlichem Erleben, daß in den Kreisen der Ausgesteuerten alles andere als Freude über ihre „Betreuung“ durch die Wohlfahrtsämter herrscht. Davon abgesehen, ist es charakteristisch, daß die Arbeitgeber-Zeitung diese Gelegenheit für günstig findet, die reaktionären Reichsinstanzen gegen die Wohlfahrtsämter mobil zu machen. Sie erklärt, daß der Reichsarbeitsminister auf dem Holzwege ist, wenn er meint, die Wohlfahrtsämter noch zu einer Erhöhung ihrer Leistungen ermuntern zu müssen. Man könne im Ernste in der Anweisung des Reichsarbeitsministers „nur die Anregung erblicken, die jetzt schon übersteigerten Unterstühtungssätze für die Ausgesteuerten entsprechend zu ermäßigen“.

Es ist nicht nötig, zu diesen Schamlosigkeit der Arbeitgeber-Zeitung, die sich stolz „Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber“ nennt, kritische Bemerkungen zu machen. Es ist aber nützlich, sie zu zitieren, um den Eindruck zu vertiefen, daß die deutschen Arbeiter vom Wohlwollen der Unternehmer nichts zu erwarten haben, daß nur ihre eigene Kampfraft ihnen Erfolge bringen kann.

Einigung im Bankgewerbe.

Der Tarifstreik im Bankgewerbe ist am Sonnabend beigelegt worden. Auf Empfehlung des vom Reichsarbeitsminister bestellten Verhandlungsleiters einigte man sich auf folgende Lösung: Der Schiedspruch vom 24. September 1926 wird zum Vertag erhoben. Der Reichsverband der Bankleitungen verpflichtet sich, seinen Mitgliedern zu empfehlen, zwischen den am

15. Dezember 1926 und 15. Januar 1927 fälligen Gehaltszahlungen ein halbes Monatslohn an sämtliche Angestellte zur Auszahlung zu bringen.

Die Einigungsformel bringt eine Verbesserung des Schiedspruches vom 24. September; jetzt geht die Empfehlung auf Zahlung des halben Monatslohnes von den Bankleitungen aus, und die meisten Großbanken haben sich zur Zahlung verpflichtet. Das bedeutet vielleicht, wenn auch die Mitteldeutsche Kreditbank noch zögert, daß alle größeren Banken sich wohl oder übel zu der Zahlung des halben Monatslohnes bequemen. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Hier erwarten die Bankangestellten in erster Linie Hilfe durch das von den Gewerkschaften geforderte Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages und zur Beseitigung des Überstundenwesens.

Vier Wochen Ausperrung der Baulempner und Installateure in Leipzig.

In jeder Innungsverammlung, von Woche zu Woche, tröstete Obermeister Werner seine Mitglieder mit den Worten: „Nur wenige Tage, und die Gehilfen werden gelassen kommen.“ Endlich, nach vierwöchiger Ausperrung hat man eingesehen, daß diese Hoffnung eine irrige war, daß die Gehilfen nicht daran denken, sich dem Diktat der Innung zu fügen. Mit den sogenannten Werkführern, die man zum großen Teil schnell ernannt hatte, um damit den Ausperrungsbeschluß zu umgehen, und mit den Meisterführern glaubte man, die Front der Gehilfen brechen zu können. Die Lehrklinge wurden vom Schulbesuch abgehalten und mußten zum Teil bis in die Nacht hinein arbeiten. Die Lieferung von Auszubereiten und der Tod des Lehrhilfs Hille von der Firma Jeltzig waren die Resultate. (Was kümmern sich aber Unternehmer um ein junges Menschenleben, wenn sie glauben, hierdurch Profite zu erzielen?) Auch mit der Bundesgenossenschaft der Städtischen Regie, kloppte es nicht so richtig. Jedenfalls ist es bescheiden, daß Obermeister Werner an die so verhasste und von ihm oft beschimpfte Regie das Erluchen rief, mit auszusperren. Daß er sich dabei eine Absicht hatte, lag gewiß nicht an den zuständigen Regie-Instanzen. Wie arbeitereindlich diese eingestellt sind, ist hinreichend bekannt.

Nunmehr soll der Schlichtungsausschuss Hilfe bringen, welcher von der Innung angerufen worden ist. Ob letztere damit ihr Ziel erreicht, wird von dem Inhalt des eventuell zu fällenden Schiedspruches abhängen. Die Gehilfen sind jederzeit bereit, die Arbeit aufzunehmen. Voraussetzung ist aber, das sei mit aller Deutlichkeit gelagt, ein befriedigendes Ergebnis.

Drei Prozent Lohnerhöhung im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau wurde ein Schiedspruch gefaßt, durch den die Lohnordnung, Anlage zum Tarifvertrag vom 1. August 1921, gültig seit 1. Dezember 1925, wie folgt abgeändert worden ist: Der Grundlohn Ia und b wird um drei Prozent erhöht in allen Lohnstufen; die Zusatzlöhne bleiben unverändert. Diese Lohnregelung ist mit einmonatiger Frist zum 31. März 1927 kündbar und gilt rückwirkend ab 1. Oktober 1926.

Die Parteien sollen sich bis zum 19. Oktober über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären. Es ist kaum notwendig, zu betonen, daß diese dreiprozentige Lohnerhöhung ein Hohn auf die Notlage der Bergarbeiter ist und angesichts der glänzenden Geschäftslage im Steinkohlenbergbau geradezu aufreizend wirkt.

Streikerfolg in Gera.

Bei der Teppichfabrik Halpert u. Co. in Gera stellen nach einer Hoff-Meldung die Weber vor einigen Tagen die Arbeit ein, da für bestimmte Vorarbeiten nur noch 50 Prozent des bis jetzt gezahlten Lohnes vergütet werden sollten. Hierauf sperrte die Firma die gesamte Arbeiterschaft, etwa 400 Mann, aus. Nach Verhandlungen erklärte sie sich indessen bereit, die alten Löhne weiter zu zahlen, worauf der Streik nach dreitägiger Dauer beendet wurde.

Der ADB. bei Herrn Rütz.

SPD. Im Reichsministerium des Innern fand am Sonnabendmittag eine Aussprache zwischen dem Minister Dr. Rütz und Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes über die Neuregelung des Beamtenrechtes statt. Die Vertreter des ADB. informierten den Minister über die in der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung vertretene Meinung in der Frage des Beamtenrechtes. Sie hoben dabei besonders hervor, daß die von dem Verwaltungsrat der Reichsbahn geschaffenen Rechtsverhältnisse des Personals unhaltbar seien. Der Minister erklärte hierzu, daß er die jegliche Sonderstellung der Reichsbahn nur als einen vorübergehenden Notzustand betrachte. Er würde sich dagegen wenden, daß durch eine Veränderung der Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten ein neuer Beamtenvertrag geschaffen würde, der die Reichsbahnbeamten von den übrigen Beamten trenne. In übrigen erklärte der Minister seine Bereitwilligkeit, jederzeit mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Verhandlungen über alle Fragen des Beamtenrechtes fortzuführen.

Auf den Spuren des Zinswuchers.

Das Ergebnis der Reichstagsenquete.

Der jüngste Unterausschuss der Wirtschaftsenquete beschäftigt sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Genossen Hilferding mit den bekannten Zinsentwurfungen der Reichsbank. Die Erhebungen der Reichsbank im Frühjahr dieses Jahres wurden in der Art durchgeführt, daß die Reichsbank Fragebogen an ihre Rechenstellen verleiht. Auf Grund des gewonnenen Materials hat dann die Reichsbank auf die Organisationen im Bankgewerbe zwecks Milderung der Zins- und der Provisionslage hingewirkt. Von den der Reichsbank zur Verfügung stehenden Mitteln (Kreditzettel) hat diese keinen Gebrauch gemacht.

Ueber die Auswirkungen der Aktion hatte die Reichsbank seinerzeit in einem ziemlich nichtsfagenden Kommuniqué unterrichtet. Erst am Dienstag erhielt man durch den Vortrag eines Vertreters der Reichsbank nähere Einsicht in die ganze Aktion, besonders in das Ergebnis der Erhebungen über die Höhe der Zins- und der Provisionslage. Die von dem Reichsbankvertreter mitgeteilten Zahlen haben allerdings für die Arbeiter des Ausschusses nur historischen Wert. Viel wichtiger als die bloße Zinshöhe selbst ist die Tatsache, welche Provisions die Banken in Anrechnung bringen. Wenn man mit dem Zinswucher aufräumen will, scheint hier auch der Anfang gemacht werden zu müssen.

Daß es sich hier um ein durchaus unbedeutendes Gebiet handelt, das für den Ausschuss eine ziemlich harte Nutzt ist, versteht sich von selbst. Wo die Banken übermäßige Sätze für Leihgeld in Anwendung bringen können, handelt es sich immer um solche Kreditnehmer, die stark von der Gnade des allgewaltigen Bankdirektors abhängen. Die Bank ist also in der Lage, den Satz für Leihgeld diktieren zu können, ohne daß es dem Betroffenen möglich ist, an die öffentliche Meinung zu appellieren. Daraus erklärt sich schließlich, daß die Kreditnehmer Provisionssätze schlucken müssen, die vor dem Kriege nicht gebräuchlich waren und auch heute durch, als ungeschicklich sind. So haben z. B. die schon erwähnten Erhebungen der Reichsbank (Frühjahr 1924) ergeben, daß die Sparkassen und Genossenschaften höhere Zinssätze in Anwendung bringen als die privaten Bankgeschäfte. Für die privaten Bankgeschäfte wird ein Mindestsatz von 11 Prozent angegeben; allerdings versteht sich dieser Satz, in dem 11 Prozent reguläre Provision eingeschlossen sind, ohne Nebenprovisionen. Für die Genossenschaften gelten als Regelatz 13 Prozent und für die Sparkassen 12 Prozent. Man könnte man den höheren Satz bei den Sparkassen und Genossenschaften, der in einem gewissen Widerspruch zu dem immerhin gemeinnützigen Charakter dieser Anstalten steht, dadurch erklären, daß der an und für sich unrentablere Kleinkreditverkehr durch diese Anstalten, insbesondere durch die Genossenschaften, gepflegt wird, und daß sie als Geldnehmer mit Personen zu rechnen haben, die für das Kreditgeschäft der privaten Banken als nicht sicher genug in Frage kommen. Aber unbeschadet dieser Überlegung ist der niedrige Satz bei den Privatbanken nur ein Scheinbatter, denn zu dem Satz von 11 Prozent kommen eben die Nebenprovisionen. Diese Nebenprovisionen sind es aber, die die Kosten für Leihgeld bei den privaten Banken insgesamt in die Höhe treiben und worauf der Zinswucher der Banken beruht. Dahin zählt vor allem die sogenannte Bereitstellungs- bzw. Vorbehaltprovision. Man könnte die Art dieser Provision ungefähr wie folgt in einem einfachen Beispiel erläutern: Wird einem Zubrücker durch eine Bank ein Kredit eingeräumt, so muß er für den gesamten Kredit, ob er ihn nun in Anspruch nimmt oder nicht, eine Provision bezahlen. Noch schlimmer fährt der Bankkunde, wenn er sein Guthaben oder den ihm eingeräumten Kredit überzieht (Überziehungprovision). Der eigentliche Zinssatz steigert sich erst durch diesen Provisionsaufschlag. Es werden so höhere Sätze für Leihgeld gezahlt, als die nominellen Zinssätze vermuten lassen. Dieser Aufschlag ist durchaus geeignet, die ganze Zinsgebärung der privaten Banken völlig undurchsichtig zu machen. Es wird Aufgabe des Unterausschusses für Geld- und Kreditwesen sein, in diese Angelegenheit Licht zu bringen, damit Mabel unterbunden werden können, die nicht unwesentliche Faktoren der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind.

Eine Wiederholung der Zinsenquete der Reichsbank vom Frühjahr 1926, die Genosse Hilferding am Dienstag als durchaus notwendig und wünschenswert anregte, mühte gerade auf die Anwendung der verschiedenen Provisionen besonderen Wert legen. Im übrigen haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Druck auf die Zinssätze weniger durch den gutgemeinten Appell der Reichsbank ausgelöst wurden als durch die inzwischen eingetretene Entwicklung des Geldmarktes, wodurch sich zwar der Zinssatz senkt, aber gleichzeitig die Umsätze der Banken gehoben haben, wie die letzten Monatsbilanzen beweisen. Die außerordentliche Geldfülle ist eine Folge der Rationalisierung, die die Kapitalanlagen vermindert, aber den Mehrwert gesteigert, infolgedessen die Kapitalbildung gewaltig gefördert hat.

Weiter ist die Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder durch die Reichsbank zu erwähnen, jene vor längerer Zeit eingeleitete Konzentration von zeltweise freien Geldern der öffentlichen Hand bei der Reichsbank, die stark den Zins für langfristige Anleihen drückt. Wünschenswert wäre es, daß die Reichsbank eine weitere Maßnahme nach dieser Richtung trafe, indem sie die für den Beschaffung nötigen Wechselunterschriften allgemein auf zwei verringern würde. Der Wechsel mit zwei Unterschriften bedeutet ohne weiteres eine wesentliche Verteuerung des Leihgeldes. Mit Recht hat man auch im Enqueteauschuss die Ansicht geäußert, daß die Verteuerung des Leihgeldes schon an der Quelle, also bei der Reichsbank, mit der Notwendigkeit der dritten Unterschrift beginnt. Die alte Reichsbanktafel kannte diese dritte Unterschrift nicht; sie ist erst durch das neue Reichsbankgesetz eingeführt worden. Seit Monaten kann allerdings auf die dritte Unterschrift verzichtet werden. Jedoch teilte der Vertreter der Reichsbank am Dienstag im Enqueteauschuss mit, daß nur 10 Prozent des über 600 Millionen Mark ausmachenden Wechselportefeuilles der Reichsbank Wechsel mit zwei Unterschriften versehen sind.

Im übrigen wäre es sehr interessant, gewissen Beschwerden nachzugehen, die im Enqueteauschuss vorgetragen wurden. So wurde darauf hingewiesen, daß Gelder der Goldbankbank dadurch bei der Weitergabe verteuert würden, daß man ein Drittel der Gesamtsumme als erste Rückzahlungsrate von vornherein einbehält. Die Gesamtsumme wird also nur zu zwei Dritteln ausbezahlt, obwohl der Zins für die gesamte Restsumme berechnet wird. Im anderen Falle wurde betont, daß ländliche Genossenschaften Gelder zu horrend hohen Sätzen ausleihen und die Tatsache damit begründen, daß die Gelder „von anderer Seite“ stammten. Der Fall ist ganz gut möglich, daß das Geld von den bekannten

zentralen Stellen zu normalen Zinssätzen abgegeben wird; es geht aber durch allzuviel Hände, wodurch sich der übersteigerte Zinssatz beim letzten Kreditnehmer erklären dürfte.

Ein internationaler Finanztrust.

Berlin, 15. Oktober. Wie wir hören, wird demnächst die Gründung eines internationalen Finanztrusts (ABC-Trust) erfolgen. Die Verhandlungen stehen unter der Führung des Bankhauses J. Henry Schröder u. Co., London. An ihnen sollen u. a. nachstehende Bankinstitute bzw. Bankfirmen beteiligt sein: England, Bankhaus J. Henry Schröder u. Co.; Amerika, Blyth, Witter and Co. und Schröder Banking Corporation, New York; Frankreich, Banque de l'Union Parisienne; Belgien, Société Générale de Belgique; Holland, Rippmann, Rosenthal u. Co., Amsterdam; Schweiz, Schweizerische Kreditanstalt, Zürich; Tschechoslowakei, Böhmisches Unionbank, Prag; Oesterreich, Oesterreichische Bodenkreditanstalt, Wien; Schweden, Stockholms Enskilda-Bank. Für Deutschland ist als alleinige Firma die Dresdner Bank beteiligt, die die Alleinvertretung des Trusts in Deutschland übernehmen wird. Zweck des Unternehmens ist die Finanzierung internationaler Geschäfte und Gewährung langfristiger Kredite. Die Höhe des Kapitals steht noch nicht fest.

Der neue internationale Trust der Finanzkapitalisten dürfte es vor allem auf das Geschäft in Deutschland abgesehen haben. Wo es etwas zu freffen gibt, sammeln sich die Geier.

Teures Brot.

SPD. Die steigenden Getreidepreise haben sich in kürzester Frist auf die Mehl- bzw. Brotpreise übertragen. Nach den Feststellungen des preussischen Statistischen Landesamtes auf Grund der

Öffentl. Wählerverjammlungen

Heute abend 8 Uhr:

Rnauftleeberg. Im Weiden Hof spricht Rolf Reventlow, München.

Dienstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr:

Alt-Leipzig. Im Volkshaus spricht Landtagsabgeordneter Hermann Diebmann.

Vindenau. Im Deutschen Haus spricht Felix Sechenbach, Berlin.

Connewitz. In der Goldenen Krone spricht der preussische Landtagsabgeordnete Max Heydemann.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr:

Gohlis. Im Schillerhöfen spricht Rolf Reventlow, München.

Löhnig. Im Goldenen Stern spricht der Preuß. Landtagsabgeordnete Max Heydemann.

In allen Verjammlungen wird über:

Die Sozialdemokratie und die Landtagswahl gesprochen.

Wähler und Wählerinnen! Ihr sollt entscheiden, darum sollt auch Aufklärung und kommt!

SPD. Groß-Bezirk.

Preisliste in 51 preussischen Städten ergibt sich für die Brot- und Mehlpreise folgende Veränderung:

	Sept. 1913	Sept. 1924	Aug. 1926	Sept. 1926
(für 1 Kilogramm in Pfennigen)				
Waggenraubrot	29,1	31,3	38,7	39,3
Weizenbrotgebäck				
(Semmel u. dgl.)	32,7	68,4	78,2	79,0
Waggenmehl	29,0	33,0	38,7	38,9
Weizenmehl	37,5	42,0	53,7	54,0

Auch alle anderen Lebensmittel, die für die Ernährung der breiten Massen in Frage kommen, sind von der Preissteigerung mitgerissen worden. So stieg z. B. der Preis für Haferflocken (1 Kilogramm) von 37,6 auf 57,8 Pf., der Preis für Reis von 61 auf 61,4 Pf., der Preis für Erbsen von 57 auf 59,3, der für Zucker von 67,6 auf 68,3 und der Preis für Schweinefleisch von 282,3 auf 282,4 Pf.

Die Sachlieferungen der ersten beiden Damesjahre.

Nach einer amtlichen Aufstellung über die deutschen Reparations-sachlieferungen in den beiden ersten Damesjahren (vom 1. September 1924 bis 31. August 1926) sind in dieser Zeit Sachlieferungen im Gesamtumfang von 1099,5 Mill. Mk. getätigt worden. Innerhalb dieser Gesamtleistung beanspruchten die Lieferungen an fossilen Brennstoffen mit 645,8 Mill. Mk. bei weitem den Löwenanteil. Mengenmäßig wurden insgesamt 26,8 Mill. Tonnen fossile Brennstoffe auf Reparationskonto geliefert. An zweiter Stelle folgen die Sachlieferungen an synthetischem Stickstoff bzw. künstlichem Stickstoffdünger im Gesamtumfang von 102,3 Mill. Mark, an Land- und Wasserfahrzeugen (einschließlich Reparatur von Eisenbahnwaggons) mit 52,9 Mill. Mk., an Maschinen (einschließlich Reparatur von Lokomotiven) mit 48,5 Mill. Mk., an Zellstoff, Papier, Büchern, Zeitschriften usw. mit 43,6 Mill. Mk., an Eisenbahnswellen, Telegraphenstangen, Schnittholz mit 38,6 Mill. Mk., an Chemikalien und Alkohol mit 30,1 Mill. Mk., an Farbstoffen mit 12,6 Mill. Mk. (vorkäuflicher Wert) u. a. m.

Bei einer Gruppierung nach Ländern ergibt sich, daß Frankreich mit 756,8 Mill. Mk. Sachlieferungen (hierunter allein für 421,8 Mill. Mk. fossile Brennstoffe) den ersten Platz einnimmt. Belgien steht mit 177,6 Mill. Mk. (hierunter Brennstofflieferungen: 111,6 Mill. Mk.) an zweiter, Italien mit 127,7 Mill. Mk. (hierunter Brennstofflieferungen: 112,5 Mill. Mk.) an dritter Stelle. Die übrigen Länder sind mit Sachlieferungen im Gesamtbetrag von 37,6 Mill. Mk. beliefert worden.

Aus der Umgebung

Zur Morbische Bahn.

Im Hause des Täters Hahn, Liebertwolkwitz, Blumenstraße 20, hat man u. a. auch einen an Hahn gerichteten Brief gefunden, datiert Leipzig, den 7. 8. 26, der mit „Guten Tag mein verehrter Herr Hahn“ beginnt und in dem eine Grete H. . . ihrer Freude über empfangene Blumen Ausdruck gibt und sich herzlich bedankt. Die Schreiberin, die mit Hahn wahrscheinlich nur flüchtig bekannt war, wird gebeten, ihre Adresse dem Kriminalamte oder dem Untersuchungsrichter, Eisenstraße 64, Zimmer 299, unmitelbar (zu 4 V. J. 26) mitzuteilen, da ihre kurze Befragung wünschenswert erscheint. Strengste Verschwiegenheit wird ihr natürlich schon jetzt zugesichert.

Portig. Wohnungsfragen. Die Gemeinde hat 185 Haushaltungen. Davon sind untergebracht in haupolizeilich genehmigten Dauerwohnungen 122 = 66 Prozent, in haupolizeilich genehmigten Dauerwohnungen 24 = 13 Prozent, in andern, für Wohnzwecke nicht geeigneten Wohnungen 39 = 21 Prozent. Hinzu kommen noch 7 wohnungsluchende Familien, die mit Verwandten zusammen einen Haushalt bilden (in kleinen Wohnungen), so daß die 185 und 7 = 192 in 146 Wohnungen untergebracht sind. Somit sind nur 76 Prozent in Wohnungen untergebracht, die als Dauerwohnung anerkannt werden können. 46 Familien sind in andre Wohnungen mit hineingebracht = 24 Prozent Wohnungslos. Die Wohnungen haben im Durchschnitt nur eine Wohnfläche von 48 Quadratmeter, die neuerbauten Wohnungen im Gemeindehaus sind 50 bis 62 Quadratmeter groß und somit zur Zeit die größten Wohnungen in der Gemeinde. Wohnungen, wie sie in der Stadt Leipzig zum Beispiel in der Seeburgstraße zum Abbruch kommen, müssen hier noch lange als gut und ausreichend betrachtet werden. Nahezu der vierte Teil aller Portiger Familien benötigt sonach eine Wohnung, wenn die Bevölkerung einigermaßen so menschlich wohnen soll wie der Durchschnitt in der Stadt. Das wirkt sich selbstverständlich sehr nachteilig aus. Krankheiten, Familienzerstörung, sittliche Gefährdung sind die Folgen. Die Gemeinde hat viel Sorgen, übermäßige Inanspruchnahme in Wohnungs- und Familienverhältnissen und hohe Fiskuslasten zu tragen. Auch die am 8. Oktober stattgefundene Erhebung über die Wohnungsnot hat ergeben, daß 35 Wohnungen fehlen. Eine Anzahl Leuchtsuchende aus viel zu kleinen Wohnungen haben dabei gar keinen Fragebogen ausgefüllt, weil auch für diese doch keine Aussicht auf Hilfe besteht.

Die Zahl der nach dem Kriege neu erbauten Wohnungen deckt noch nicht einmal den Bedarf der in gleicher Zeit Zugezogenen aus Leipzig (Verdrängung aus der Stadt nach den Vororten) und aus entfernteren Orten (Zuzug vom Lande nach Arbeitsmöglichkeit in der Industrie). Wenn in Portig nicht eine strebame Baugenossenschaft aus eigener Kraft mit umfangreicher Selbsthilfe und großer Opfern alle Jahre einige Wohnungen errichtet, dann stände es sehr traurig um die hiesigen Wohnungsuchenden. Die Gemeinde hat, soweit für sie finanziell tragbar, ein großes Sechsfamilienhaus errichtet, das jedoch der Befriedigung der Wohnungsnot und der Sparamkeit halber durch einfache Umfesselung 5 weitere Wohnungen und Gemeindefamilienzimmer in einfacher, aber praktischer Weise erhalten hat. Es ist somit bei nur 25.000 Mk. Mehrkosten ein Zwölffamilienhaus geworden, so daß die Baukosten pro Wohnung (50 bis 62 Quadratmeter) nur 8500 Mk. betragen. Die Gemeinde konnte jedoch für diese 12 Wohnungen nur je 2250 Mk. Baubehilfen erhalten und mußte sich selber für jede der Wohnungen mit 6250 Mk. belasten, so daß es ihr auf Jahre hinaus nicht weiter möglich ist, Wohnungen zu errichten, wenn es nicht noch gelingt, aus Ausgleichsmitteln für unbemittelte Gemeinden einen Entlastungsbeitrag zu erhalten. Boreist macht sich ein Schleichendbau dringend notwendig, der neben der Tilgung für das Gemeindehaus die Gemeindefinanzen auf Jahrzehnte voll in Anspruch nimmt, wenn sich die steuerlichen Verhältnisse für kleine unbemittelte Vorortwohngemeinden nicht bessern. Wenn zum Beispiel die Stadt Leipzig als Besitzerin von über 200 Hektar Rittergutsfeld im Orte weiter steuerfrei bleiben sollte, wie in den letzten Jahren, dann ist bestimmt an eine weitere Baulastigkeit nicht zu denken. (Nach dem neuen sächsischen Grundsteuergesetz ist die Stadt Leipzig verpflichtet, für ihre Grundstücke in andern Gemeinden Grundsteuer zu zahlen. Die Ab.) Bei der Verteilung der Erträge der Milchscheitersteuer muß dahin getrebt werden, daß auch in den kleineren Gemeinden am Stadtrand, die die Wohnungslasten der Großstädte zu einem großen Teil tragen müssen, Baukostenzuschüsse wie in der Großstadt bis zu 85 Prozent der Baukosten gegeben werden können.

hs. Liebertwolkwitz. Gemeindevorordnetenbericht. Unter Mitteilungen wird bekanntgegeben, daß 200 Mk. dem Jugendheim und 1300 Mk. dem Kindergarten vom Wohlfahrtsamt überwiesen worden sind. Ein vom Bezirksverband aus Staatsmitteln überwiesenes Darlehen gab in einer der vergangenen Sitzungen Anlaß zu einem Protest über die daran geknüpften Vorschriften. In Erwiderung darauf teilt der Bezirksverband mit, daß in diesen Vorschriften keinerlei Bevormundung der Gemeinde zu erblicken wäre. Trotz dieser Belehrung durch den Bezirksverband erblickt die Linke des Hauses in diesen Vorschriften einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und wendet sich nach wie vor dagegen. — Das Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Grund- und Gewerbesteuer, das nun zur Anwendung kommen soll, sollte eine Steigerung auf 150 Prozent erfahren, um auch fernerhin den Haushalt der Gemeinde in Ordnung zu halten, sowie im Notfall Anspruch zu haben an den Ausgleichslohn des Staates. Die SPD. lehnte aus parteipolitischen Gründen ab, von den Bürgerlichen wurden finanzpolitische Bedenken ins Feld geführt. Vom Gemeinderat wird gegen die Ablehnung Einspruch bei der Gemeindefamlier erhoben werden. Zu bemerken wäre noch, daß mit dieser Ablehnung auch die bisherigen 2/3 der Staatsgrundsteuer und die Arbeitgeberabgabe gefallen sind, was sich im Gemeindehaushalt recht fühlbar machen wird. Bei der Neuinstellung eines Gemeindefamlierers fällt die Wahl auf den Bauarbeiter Heinge. — Ein Antrag Sittler



Knorr Haferflocken

Das Frühstück für Alle die gesund bleiben wollen

Leicht quellend. Milchig süß. Vitamine.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 18. Oktober.

Sozialistische und bürgerliche Presse.

Die Presse ist unzweifelhaft eine Großmacht. Wer über eine weitverbreitete und gut geleitete Presse verfügt, besitzt darin ein wirksames Kampfmittel für seine Zwecke. Den besten Beweis dafür liefert die kapitalistische Presse. Die kapitalistische Wirtschafts- und Staatsordnung wäre längst abgeschafft, wenn ihr Einfluß nicht so unendlich weit in alle Kreise der Bevölkerung hineingedrungen. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung selbst auf schwerste darunter, daß die Versorgung mit Lebensbedarfs- und Kulturartikeln davon abhängt, ob sie Profit, und zwar reichlich Profit abwirft. Unendlich groß ist die Zahl der Darbenden. Ebenso groß ist die Zahl derer, die jederzeit bereit wäre, die Geschicklichkeit ihrer Hände und die Geisteskraft ihres Kopfes in Tätigkeit zu setzen, um all das an Lebensbedarfsgegenständen erstehen zu lassen, was notwendig ist, allen ein auskömmliches Leben zu sichern. Da aber tritt die kapitalistische Produktionsordnung dazwischen und dekretiert:

nur der bekommt Arbeit und Brot, der sich verpflichtet, eine dicke Strähne Profit für den Kapitalisten zu erarbeiten.

Die bürgerliche Presse versteht weisheitsvoll die These: nur das Gewinnstreben kann der Produktion den Impuls geben, der zur Versorgung der Bevölkerung führt. Wo aber Genossenschafts- und Kommunalbetriebe das Gegenteil beweisen, bekämpft man sie mit allen Mitteln als lästige Konkurrenten, die dem armen Kapitalisten das Brot nehmen. Und wo die sozialistische Presse die Wege weist, die zu einer besseren Gesellschaftsordnung führen, begeißnet man sie als hochbolschewistisch. Die Arbeiterklasse selbst aber verhält sich zum großen Teile passiv. Mehr noch, sie unterstützt die bürgerliche Presse durch Abonnement, verstärkt also dem proletarischen Kampflager die Waffenarsenale.

„Das muß andersherum wer'n, sprich ich, jetzt gleich uff der Schtettel! Mir leidens nit länger!“, bricht der alte Ansohn in Hauptmanns Webern in heller Empörung über die Ausbeutungswirtschaft aus.

Das muß anders werden! Sollte auch die Besung jedes Proletariats von heute sein.

Denn es wird anders werden, sobald sich die Proletarier in hinreichender Zahl auf sich selbst und ihre Klasseninteressen besinnen und sich freudig und opferbereit in die Kampfreihen der Sozialdemokratie stellen.

Der erste Schritt dazu ist die Loslösung von der kapitalistischen Ideologie. Hierzu ist notwendig, Leser der sozialdemokratischen Presse zu werden und zu werben. Nach steht den vielen Millionen bürgerlicher Leser nur etwas über eine Million sozialdemokratischer Leser gegenüber. Trotzdem ist es bei den Dezemberwahlen des Jahres 1924 gelungen, 26 Prozent der gesamten abgegebenen Wählerstimmen für die sozialdemokratische Partei zu mustern. Wie anders würde die Wirkung sein, wenn den 3000 bürgerlichen Blättern statt der jetzigen 155 sozialdemokratischen die zehnfache Zahl gegenüberstände. Dann schon brauchen wir nicht mehr mit dem alten Ansohn auszurufen: „Es muß andersherum wer'n!“ Dann könnten wir ohne alle Umschweife konstatieren: es ist anders geworden.

Darum auf in dieser Werbeweche! Stärkt die Leserschaft der Leipziger Volkszeitung! Ihr stärkt damit den Einfluß des Proletariats auf Wirtschaft und Politik! Ihr vermehrt und schärft damit die Waffen des Proletariats im Kampfe gegen den es bedrückenden Kapitalismus! Denn die sozialdemokratische Presse ist nicht nur das Sprachrohr, sondern auch Wegweiser des Proletariats und zugleich ein Instrument zur Kräfte- und Willenskonzentration für die Herbeiführung einer auch der Arbeiterklasse ein menschenwürdiges Dasein sichernden Gesellschaftsordnung.

Darum werbt der Leipziger Volkszeitung neue Leser! Ihr werbt damit dem Sozialismus neue Kämpfer! Ihr fördert dadurch den Sieg des Proletariats!

Anverschämlichkeiten eines christlichen Handwerksmeisters.

„Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben und der Jugend muß wieder „Gottesfurcht und fromme Sitte“ anezogen werden.“ Nach diesem Grundsatze handeln manche Handwerksmeister, wenn sie die Auswahl von Lehrlingen treffen und diese unter ihre „Jucht“ nehmen. Selten jedoch belennen sich solche Handwerksmeister öffentlich zu diesem Grundsatze, denn die Zeiten sind vorüber, wo man nicht Gefahr lief, sich lächerlich zu machen. Ans ist nun folgendes Schreiben eines Leipziger Handwerksmeisters auf den Redaktionsstisch geflogen, den wir in seinem Originalbeifuge abdrucken:

Leipzig, d. 8. Okt. 1926.

Herrn, Leipzig-Möbau.

Antwortlich Ihres geehrten Schreibens betriffs einer Lehrstelle teile ich Ihnen höflich folgendes mit.

Durch unangenehme trübe Erfahrung an Leipziger Lehrlingen ohne Religionslehre zahlgelienend, daß selbige Kinder für die Lehre nicht nur keinen Respekt, Ehrfurcht und Anstands-Pflicht gegen ältere lebenserfahrene Personen gelernt haben, auch ferner öffentlich religionslästernd auftreten, sondern auch dann die Lehrstelle nur als Pensions-Unterstützung betrachten, ist es mir leider ganz unmöglich, Knaben ohne Religions-Unterricht, in meine Berufsausbildung aufzunehmen!

Hochachtungsvoll
Leipzig, Gustav Kräger,
Schloßberg 42. Glasermeister.

Anscheinend handelt der Leipziger Handwerksmeister nach den Anweisungen der christlichen Elternvereine, die auf diesem Umwege die Eltern einschüchtern wollen, ihre Kinder vom Religionsunter-

Der Ruf nach dem Diktator.

Die Gemeindevahlen werfen ihre Schatten voraus. Die bürgerlichen Parteien, unterstützt durch die bürgerliche Presse, arbeiten die Wählerkraft, um sie zur Abgabe eines bürgerlichen Stimmzettels bei den Gemeindevahlen zu bearbeiten. Sie führen insbesondere den Kampf gegen die kommunalen Eigenbetriebe der Gemeinden, um auf diese Weise aus den Kreisen des Mittelstandes Wähler zu gewinnen. Der Auftakt zu dem Liebeswerben um die Stimmen des Mittelstandes war die Protestkundgebung in der Alberthalle gegen die städtischen Regiebetriebe. In der Montagnummern der Leipziger Neuesten Nachrichten wird nun in einem Leitartikel der Faden aus der Protestversammlung der Alberthalle gegen die städtischen Betriebe weitergesponnen. Das Halenkreuzblatt läßt an einen Ausspruch des Reichswirtschaftsministers an, den er vor Kurzem in Köln getan hat, und der lautet: „Der Staat darf nur die Gebiete für sich in Anspruch nehmen, auf denen die Kräfte der Privatwirtschaft verlagert.“ Dieser Ausspruch veranlaßt die N.N. zu behaupten, daß die Gemeinden, um den in der Zeit der Kriegswirtschaft ausgebeuteten Verwaltungsapparat nicht leer laufen zu lassen, sich „Erwerbsgeschäften“ zuwandten, „bei denen das Geldverdienen an erster, die Gemeinnützigkeit an zweiter oder dritter Stelle steht.“ Die städtischen Betriebe brauchen so gut wie keine Steuern zu zahlen, und selbst die Entlohnung der Arbeitskräfte werde ihnen vielfach dadurch abgenommen, daß städtische Beamte zur Beschäftigung ihnen völlig oder teilweise überwiesen würden. In Wirklichkeit trifft weder das eine noch das andere zu. Die Behauptung der Leipziger Neuesten Nachrichten ist eine von jenen, die man von diesem Papier gewohnt ist, wenn es sich darum handelt, den Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die städtischen Regiebetriebe zu unterstützen und dabei auch nicht vor den größten Unwahrheiten zurückzuschrecken.

In dem Nachrichtenartikel wird behauptet, daß durch die städtischen Eigenbetriebe der gewerbliche Mittelstand vernichtet werde, und darüber geflagt, daß die Betriebe der Großindustrie sich in dem Stadium der Gelbgebung befinden, während das bei der Klein- und Mittelindustrie und im Handwerk nicht der Fall ist. Die Schuld wird dem „Konkurrenzvorstoß der Regiebetriebe“ zugeschoben. Daß die Kollage der Klein- und Mittelbetriebe und ihre Konkurrenzunfähigkeit auf die Verkrüppelung und Kartellierung der Großindustrien zurückzuführen ist, verschweigen die Nachrichtenleute selbstverständlich ihren Lesern. Würden sie dieses zugeben, dann müßten sie auch eingestehen, daß an der Vernichtung des Mittelstandes und an dessen Kollage der Großkapitalismus schuld-

ist, dessen Interessen gerade in den Leipziger Neuesten Nachrichten bei jeder Gelegenheit verteidigt werden. Im übrigen steht fest, daß ein großer Teil Gewerbetreibender durch die städtischen Regiebetriebe Beschäftigung und Absatz findet und pünktlicher bezahlt wird, als wie es sehr oft bei Aufträgen von Privaten der Fall ist.

Da der Kampf der bürgerlichen Parteien im Leipziger Stadtparlament gegen die städtischen Regiebetriebe bisher nur Teilerfolge gebracht hat und es wahrscheinlich ist, daß im neuen Stadtparlament eine Arbeitermehrheit sein wird, die sich mit aller Entschiedenheit für den weiteren Ausbau der städtischen Eigenbetriebe einsetzt, rufen die Nachrichtenleute nach dem Diktator. An die Ausrufung des Reichswirtschaftsministers anknüpfend schreiben sie:

Schade, daß der Reichswirtschaftsminister so gar keine Exekutivgewalt besitzt, daß er nur Wünsche aussprechen, nicht aber kräftig durchgreifen darf. — Des Eingreifens bedürftig wären aber nicht nur solche Regiebetriebe, die überhaupt entbehrlich sind, sondern auch jene öffentlichen Unternehmungen, die an sich ein Existenzrecht haben, doch heute manche Zeichen von Entartung aufweisen.

Ger mit dem Diktator gegen die kommunalen Eigenbetriebe! Das ist der Wunsch der Scheißerleuten des Herrn Herrfurth. Sie setzen sich auch dafür ein, daß kommunale Unternehmungen in gemischtwirtschaftliche umgewandelt werden, indem sie schreiben:

Wiederaufbaukapital für öffentliche Betriebe soll man, wenn Anleihen nicht angängig sind, nur durch Umwandlung in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen mit entsprechender Kapitalerhöhung schaffen. Nicht aber durch eine dem Erwerbsebenen feindliche Tarif- und Steuerpolitik.

Dieses Verlangen wird damit begründet, daß von den städtischen Eigenbetrieben erzielte Ueberschüsse zum weiteren Ausbau der städtischen Unternehmen verwandt werden, wie dies ja jeder privatrechtlich unternehmer tut, nur mit dem Unterschied, daß die Erweiterung der Gemeindebetriebe ein weiterer Wertzuwachs für die Gemeinden ist. Die Gemeindepolitik der bürgerlichen Parteien läuft darauf hinaus, die Einnahmen der städtischen Betriebe so zu proffeln, daß diesen nicht nur das Betriebskapital gefehlt, sondern daß sie auch bei notwendigen Erweiterungen zu Anleihen bei privaten Kapitalisten gezwungen sind. Auf diese Weise sollen die Unternehmungen der Gemeinden unter den Einfluß und in den Besitz des Privatrechts kommen. Das muß bei der kommenden Stadtparlamenwahl durch die Wahl einer starken sozialistischen Mehrheit verhindert werden.

11 Wahlvorschläge im Wahlkreis Leipzig.

Der Wahlkreisauschuß hat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Hempel die eingegangenen Wahlvorschläge zur Landtagswahl geprüft. Es sind elf gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, die folgende Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel erhalten werden:

1. Sozialdemokratische Partei, Spitzenkandidat Landtagsabgeordneter Anton Hagen, Leipzig.
2. Deutschnationale Volkspartei, Spitzenkandidat Landgerichtspräsident Dr. Eduard Wagner, Leipzig.
3. Deutsche Volkspartei, Spitzenkandidat Justizminister Wilhelm Bänger, Leipzig.
4. Sozialdemokratische Partei, Redakteur Hermann Piehmann, Leipzig; Martha Schilling, Vorsdorf; Max Müller, Wurzen; Hebrig, Quasitz.
5. Kommunistische Partei, Spitzenkandidat Schriftföher Paul Böttcher, Leipzig.
6. Deutsche Demokratische Partei, Spitzenkandidat Finanzminister Dr. Julius Döhne, Dresden.
7. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Spitzenkandidat Kaufmann Karl Lauterbach, Leipzig.
8. Christlich-sozialer Arbeitsgemeinschaft, Spitzenkandidat Stadtverordneter Alfred Götte, Leipzig.
9. Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), Spitzenkandidat Kapitänleutnant a. D. Helmuth v. Müke, Dresden.
10. Zentrumspartei, Spitzenkandidat Stadtrat P. Brugger, Baulzen.
11. Reichspartei für Volkrecht und Auswertung, Spitzenkandidat Universitätsprofessor Dr. Artur von Jumentli, Leipzig.

Ein gefährlicher Falschadentfetterer ermittelt und festgenommen.

Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum 25. August hatte ein Unbekannter einer Wohnung im 1. Stock einer Villa in der Karl-Deine-Straße einen nächtlichen Besuch abgestattet und u. a. einen ansehnlichen Vollen silbernen Tafelgerät gestohlen. Wie am andern Tage festgestellt wurde, war der Täter an der Hinterfront des Grundstückes emporgeklettert und so in die Wohnung gelangt. Nur dem Umstand, daß er zufällig in die Schlafkammer geriet, in der die Wohnungsinhaberin schlief, aber dadurch munter wurde, wird es zu danken sein, daß die Diebesbeute nicht noch größer wurde. Der Täter wurde in dem in Leipzig-Lindenau wohnenden Arbeiter L. ermittelt u. festgenommen. Er steht nun seiner Bestrafung entgegen.

Nicht weniger als neun solcher Einkeilsdiebstähle wurden ihm bis jetzt nachgewiesen. Hier davon blieben allerdings unvollendet; er mußte aus irgend einem Grunde die Diebe der Tat vorzeitig verlassen oder darum, weil er nichts Mitnehmenswertes fand. Im Laufe der Ermittlungen wurde ein großer Teil der Diebesbeute, insbesondere die in der Karl-Deine-Straße gestohlenen Silberfaden, wieder zur Stelle geschafft. Es wurden aber auch dabei u. a. Gegenstände beschlagnahmt, deren Eigentümer bis jetzt noch nicht zu ermitteln waren. Man vermutet deshalb mit ziemlicher Sicherheit, daß noch mehr solcher Diebstähle auf das Konto des L. kommen.

Noch ein Jugendheim. Das zweite Jugendheim des Zweigausschusses Sachsen im Verband für Deutsche Jugendherbergen in Johanneberg ist ab dem Erziehungsjahr 1926/27 am 7. November eingeweiht werden. Die Ortsgruppe Johanneberg erbittet nun zur Ausschaltung der Weiche die Mittelfe Leipziger Jugendgruppen. Gedacht ist an die Aufjührung eines Leinwandpils anher musikalischen Darbietungen der Jugend. Zur Auskunft ist die Leipziger Ortsgruppe für Deutsche Jugendherbergen, Lützenstraße 2, Telefon 20 780, gern bereit. Der tatkräftigen Ortsgruppe Johanneberg ist es zu danken, daß unserer Wanderjugend in diesem ausgesprochenen Wander- und Winterportgebiet solch prächtiges Heim geschaffen wurde. 160 Lagerstätten enthält die neue Herberge. Damit dürfte der Mangel an Uebernachtungsgelegenheit, der jahrelang besonders unserer Leipziger Winterportjugend nachdrück-

richt abzumelden. Der Brief charakterisiert nicht nur seinen Schreiber, sondern auch die Christen, die mit den schofelsten Mitteln ihrem Ziele zustreben und vor Lügen und Verleumdungen gegen freidenkende nicht zurückschrecken, wie sie in dem obigen Brief enthalten sind. Herrn Kräger ist auch daran gelegen, Lehrlinge zu bekommen, die die Ausbeutung als eine „göttliche Fügung“ willig und goll ergeben ebenso hinnehmen wie ihre Eltern. Dazu taugen allerdings in einer freien Weltanordnung erogene Leute und ihre freidenkenden Eltern nicht.

Proletarische Feierstunden

Mittwoch, den 20. Oktober 1926, abends 8 Uhr: Siebertwolkwitz im Schwarzen Rob. Genossin Landtagskandidatin Ida Bauer Ulrich. Engelsdorf im Galkhof. Genossin Klara Boldt-Leipzisa wird sprechen.

Die Feiern sind von Gesang, Musik, rhythmischen Aufführungen umrahmt. Frauen und Männer, die Feiern gelten Euch. Darum erscheint zahlreich!

Anmeldung von Altbesitz-Anleihen.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Frist für die Anmeldung des Anspruches auf Anerkennung des Altbesitzes bei Anleihen der Länder und Gemeinden am 1. November 1926 abläuft. Die Frist ist eine Ausschlußfrist; wird die Anmeldung nicht in der vorgeschriebenen Form bis 1. November 1926 vorgenommen, so verliert der Gläubiger seine Ansprüche aus dem Altbesitz. Es kann deshalb den Altbesitzern nur auf das dringendste empfohlen werden, die Anmeldung, soweit sie damit noch im Rückstande sind, sofort bei den Vermittlungsstellen (Banken usw.) zu bewirken. Besonders ist noch darauf aufmerksam zu machen, daß diese Bestimmungen auch für die Leipziger Stadtanleihen gelten, sowie daß die Leipziger Stadtanleihen von 1922 und 1923 nur noch bis 10. November 1926 bei der Stadtkasse Leipzig bar abgefunden werden.

Leipziger Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H.

Am 12. Oktober ist in Leipzig eine gemeinnützige Wohnungsfürsorgegesellschaft gegründet worden. Genosse Schilling, der die Vorarbeiten geleitet hatte, gab den Zweck der Gesellschaft bekannt und stellte die Einmütigkeit der Anwesenden fest, auf Grund des Entwurfs der Gesellschaft beizutreten.

Das Gesellschaftskapital beträgt 20 000 Mark. An der Gesellschaft sind vierzehn Gewerkschaften beteiligt, sowie acht Bau- und Siedlungsgenossenschaften, sowie sonstige Körperschaften. Zum Geschäftsführer wurde Genosse Alois Cyrus bestimmt. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, und zwar den Genossen Dr. Wagner, Fünfstück, Köhler, Scheller, Barig, Zähndichen, Seidig, Blach und Häfner.

Die Geschäftsstelle befindet sich Gellertstraße 7/9, Aufgang D. Wir begrüßen die Zusammenfassung gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Kräfte in der Wohnungsfürsorgegesellschaft, um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern und wünschen dem neuen Genossenschaftsunternehmen besten Erfolg.

Funktionäre und politische Betriebsobleute der S. P. D. Groß-Leipzig
Donnerstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses:

Landtagswahl und Abfindungsfrage

Unsere Reichstagsabgeordneten sind anwesend

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Leipzig-Dt. Alle Mitglieder des Vorkommenskomitees für Zeitung- und Mitarbeiterwerbung treffen sich Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, in der Bibliothek, Bollschuhweg 15, Erbsenbauweg 15.

Thonberg. Montagabend 7 1/2 Uhr in der Bibliothek. Eintrittsk. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Bibliothek, kurze aber wichtige Funktionärsversammlung. Alle arbeitstrendigen Genossen sowie Reichsbanner, Sänger, Turnvereine- und B. 103. Fr. Funktionäre sind hierdurch eingeladen.

Frauen.

Leipzig-Dt. - Frauen. - Funktionäre. Montag, den 18. Oktober, abds. 8 Uhr, im Schloss Lindenau Vortrag des Genossen Schöen über: Die Entschlung der Ortsnamen.

Leipzig-Dt. - Frauen. - Funktionäre. Montag, den 22. Oktober, die Mädchenberufsschule, Höhe Straße Treffen 3 Uhr am Kreuz.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Leipzig-Dt. - Frauen. - Funktionäre. Dienstag und Freitag, von 5 bis 7 Uhr, Ertelen im Schloss Lindenau (Eingang Dänelstraße). Thonberg - Stötteritz. Die Kleinen spielen am Dienstag bis 10 1/2 Uhr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

H. B. 1. Dienstag, 7 Uhr, Volkshaus.
H. B. 2. Dienstag, 7 Uhr, Deutsches Haus.
Ortsgruppe Leipzig. Dienstag, 7 Uhr, V. Döllh. Endstation der 12.

Wichtig zum Bewußtsein geführt wurde, abgeholt sein. Es sollte darum Pflicht aller Jugendgruppen sein, die es irgendwie ermöglichen können, zur Weibe nach Johanngeorgenstadt zu fahren, um den wackeren Erzeugnissen die Anteilnahme an ihrem Schicksal zu bewirken. Da die Weibe am Sonntag, dem 7. November stattfindet und der 9. November in Sachsen gesetzlicher Feiertag ist, läßt sich eine mehrtägige Wanderung durch das Erzgebirge leicht ermöglichen.

Unangenehme Erlebnisse. Die Deutsche Reichspost ist bejährt, die Erziehung zu beschleunigen. Diese Bemühungen werden aber empfindlich durch unangenehme Beanspruchung der Sendungen erschwert. Allein beim Briefkastenamt Leipzig C. 1 kommen täglich tausende von Sendungen auf, die erst nach Benutzung der verschiedenen Nachschlagswerke oder durch sonstige Ermittlungen untergeordnet werden können. Diese Sucharbeit nimmt dauernd zunehmende Bedeutung an. In der Ansicht sollte stets Strafe, Hausnummer einschließlich Stempel sowie das Briefkastenamt, bei Empfängern ohne eigene Wohnung nach der Vermieter angegeben werden.

Mahnzettel vom Stadtkämmerei. Das Mahnwesen wegen der Aufwertung (Mezzing) Steuer für Oktober, der Gewerbesteuer-Vorauszahlung für Juli bis September 1926 und der Grundbesitzsteuerbeiträge für den Oktober-Termin ist im Gange. Für die Mahnungen sind von den säumigen Zahlungspflichtigen Gebühren zu entrichten.

Volkshochschule. Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Der Kursus Straßener: „Moderne Schrift - Schriftornament“, Freitag 7-9, ist wegen Ueberfüllung geteilt worden. Der Paralellkursus findet bis auf weiteres Dienstag 7-9 Uhr im Frauenheim, Königstraße 20, statt. — Die Kurse „Körperbildung“ und „Volkstanz“ von Frau Wolf-Volling (Dienstag) werden ab Dienstag, 19. Oktober, aus der 1. katholischen Volkshochschule in die 11. höhere Mädchenschule, Döllinger Straße 2, verlegt.

Anmeldung für das Sozialpädagogische Frauenseminar. Die Anmeldungen für Oktober 1927 zur Aufnahme in die Wohlfahrtschule (Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen und Wohlfahrtsprüferinnen, zweijährig), in die Jugendleiterinnen-Ausbildungsanstalt (einstufig) und in die Fröbel-Frauenhochschule (Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar) werden entgegengenommen am 1. bis 6. November 1926, täglich 12-1 Uhr, Königstraße 20. Auskünfte über die Aufnahmebedingungen erteilt die Leitung.

Erntedankfest. 2. Volkshochschule: Montag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Von Schulgarten zum Schullandheim“, Herr Mag. Müller. 3. Volkshochschule: Freitag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: 1. „Wie kann man Krankheiten verhüten“, Vortrag des Herrn Dr. med. Ehr. 2. Volkshochschule: Dienstag, den 19. Oktober, Erntedankfest. 1. Gesang des Schulchors. 2. Herr Strobel über die Bedeutung des Schulgartens für Unterricht und Erziehung.

Der Jugendweihentricht der 4. Volkshochschule hat begonnen. Die Eltern wollen ihre Kinder Montags oder Donnerstags, nachmittags von 5-7 Uhr, nach Zimmer 5 der Schule senden.

Zwischen Straßenbahnpassieren gerammt. Am Sonntagabend, kurz vor Mitternacht, ereignete sich an der Entlastung der Straßenbahnlinien 13 und 20 ein schwerer Unfall. Der Straßenbahnpassierer Müller geriet beim Rangieren von Wagen zwischen die Pfeiler. Er wurde dabei so schwer verletzt, daß er verstarb, ehe er nach dem Krankenhaus transportiert werden konnte.

Der Kinderfreund Nummer 21 liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung bei.

Vollzeitsnachrichten

Die „Freundin“ mit dem Nachschlüssel festgenommen. Die Veler werden sich erinnern, daß Anfang Oktober eine in der Wagerischen Straße wohnende Witwe durch eine Unbekannte, die sich ihr vor einigen Wochen als Freundin angehängelt hatte, ganz empfindlich bedrängt worden war. Die „Freundin“ hatte am Tage vorher ausgehandelt, daß am Tage der Tat niemand von der Familie in der Wohnung anwesend war, sie also ungehindert die Tür öffnen und alle Schränke usw. durchsuchen konnte. Sie ist ermittelt und festgenommen worden. Die Frau ist eine der Vollzeit längst bekannte Diebin, die schon wiederholt vorbestraft ist. Sie gab den Diebstahl zu. Den größten Teil des gestohlenen Gutes hatte sie noch in ihrem Besitz. Fast sämtliche Gegenstände konnten der Eigentümerin wieder zurückgegeben werden.

Ein gewissenloser Bursche. In neuerer Zeit treiben Unbekannte wieder ihr Unwesen damit, daß sie Postkasten, Frauen, Mädchen, aber auch Mannern, die Kleidung durch Einbrechen von Lockern, wahrscheinlich mit einer Nadel oder Nähnadel, aber auch durch Bespritzen mit Säure beschädigen. Es sind in neuerer Zeit solche Beschädigungen in allen Stadtteilen vorgekommen, besonders häufig aber in der Eisenbahnstraße in der Nähe der Ritzstraße, in Schleusung und auf dem Augustussplatz. Am 8. d. M. sind von einem solchen Menschen ein Frau drei Löcher in ihr Kleiderstück gebrannt worden. Nur durch die Abkammerung einer Passantin wurde größerer Schaden verhütet. Sie bemerkte die glimmenden Stellen an dem leicht brennbaren Kleiderstück und löschte sie. Die Tat muß nach kurze Zeit vorher, jedenfalls vor einem Schaufenster, geschehen sein. — Das Publikum wird immer wieder gebeten, verdächtige Wahrnehmungen nicht unbeachtet und eine verdächtige Person nicht aus den Augen zu lassen, eventuell Polizei hinzuzurufen.

Schmuckdiebstahl. Am 15. d. M. ist in der Döllinger Straße die große Schmuckdiebstahl eines Damenutensils eingeleitet und aus der Anlage gehoben worden: Eine Perlschleife, Kette aus Stunks gefärbt, mit breitem Kranz, grünlindem Füllter mit Silberblumen, ein gerundeter, schwarzbrauner Stunksbogen mit brauner Seide gefüllter, eine Stunksbräute, weißer Kücken, goldbraun, ein schwarzbrauner Mastbaum mit dunkelblauer Füllter. Am Latort wurde ein H. V. gezeichnetes, gelbes, mit weißer Kante versehenes 55x82 cm großes Kriminalaluminium gefunden, das vom Täter stammt. — Es kann bei der Kriminalabteilung jederzeit befragt werden. — Ein gleicher Einbruch wurde in derselben Nacht in ein Mädchenlokalität in der Schönerbergstraße, Lindenau, verübt. Dort fielen dem Täter u. a. in die Hände: Taschentücher, neun Strickstrümpfen mit Krage, vierzehn, fünf, vier Strickstrümpfen, neun, in weiß mit blau und weiß mit grün, zwei Strickstrümpfen, neun Pull over, darunter acht mit langen und einer mit kurzen Ärmeln und zwei Paare Wäscheborte, je 20 m lang, in die Hände.

Verhaftung. Am 15. d. M. wurde der 14jährige Vaterlehrling Walter Panzer, V. Döllinger, Weienfelder Straße 40 wohnhaft, Verhaftung hat er keine Gültigkeit bei sich und treibt sich umher.

Sächsische Angelegenheiten

Nationalsozialismus und Republik.

In dem Blatt der Dreiundzwanziger haben mehrfach Artikel erschienen, die die Existenzberechtigung der sächsischen Wehrverbände anerkannten und ihnen geradezu politische Aufgaben, wie die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, zuschrieben. Wer die Entwicklung der NSPS. genauer verfolgt hat, der wird aber auch erkannt haben, daß die von Bud auf dem ersten Parteitag der neuen Partei gekennzeichnete politische Linie längst verlassen wurde und eine deutsche Schwelung zum Nationalismus vorgenommen worden ist. Die NSPS. ist heute tatsächlich nichts anderes als eine nationalsozialistische Partei mit deutlich erkennbaren — wenn vorerst auch nur leise anklingenden — antisemitischen Tendenz. Wir denken dabei insbesondere an jenes bekannte Zitat des „Volkstaat“, daß Bud als Reichstagsabgeordneter zugunsten einer „Landstreifen“ (gemeint ist die Genossin Toni Sender) beiseite geschoben sei und an den Ueberfall einiger NSPS.-Leute auf einen jüdischen Genossen in Chemnitz. Die Verächtlichmachung der pazifistischen Bewegung gehört schon seit langem zur Lieblingsbeschäftigung der Leute um Riefisch und schließlich ist ja die NSPS. das Sammelbecken der Sozialreaktionäre vom Schlags des Herrn Albert, der bekanntlich einen heftigen Kampf gegen den Achtstundentag führt.

Das aber auch die NSPS. in der Kriegsverherrlichung nicht hinter den extremsten Nationalisten zurückstehen will, zeigt eine Besprechung des prächtigen Buches von Bruno Vogel „Es lebe der Krieg!“ im „Volkstaat“

in dem diese wirkungsvolle Tendenzschrift als „extrem pazifistisch“ und „zweifelslos höchst aufpeitschend“ abgetan wird. Am Schluß der nationalsozialistischen Kriegsverherrlichung liest man dann folgenden Satz:

„Der Pazifist wird noch pazifistischer werden, der männlich (!) kämpferisch (!) Geist, der von vornherein weiß, daß Krieg Weh und Bitternis bedeutet, wird sich durch solchen Appell an die Sentimentalität (!) kaum irgendwie beeinflussen lassen.“

Da sich die NSPS. trotz alledem eine republikanische Partei nennt, und da ihre führenden Leute dem Reichsbanner angehören, haben diese Verbeugungen vor den Wölfischen in Reichsbannerkreisen starke Empörung verursacht. In verschiedenen Orten ist die Reichsbannerleitung aus Mitgliederkreisen angefragt worden, ob sie sich dieses Verhalten ohne Widerspruch gefallen lassen wolle. Ob man annehmen darf, daß die Reichsbannerinstanzen, namentlich in Dresden, wo der Nationalsozialist Riefisch innerhalb dieser merkwürdigen Reichsbannerpartei, der NSPS., wirkt, endlich die Klarheit schafft, an der die Mehrheit der Reichsbannerleute stark interessiert ist?

Der Protest gegen das Zeugniszwangsverfahren.

Wie wir berichtet, ist gegen den Genossen Hugo Efferoth von der Volkzeitung für die Oberlausitz vom Amtsgericht Löbau das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Efferoth sollte Auskunft über die Verfasserschaft eines in die Maßnahmen der Baugewerkschaftskritikenden Zeitungsartikels geben, die er unter Berufung auf das Pressegeheimnis verweigerte. Die Maßnahme des Amtsgerichts ist eine so ungeheuerliche, als es sich nur um ein Vergehen handelt, daß eventuell im Wege der Ordnungsbefehl zu ahnden wäre. Damit tritt die Kleinliche Schikane um so schärfer hervor. Selbstverständlich muß das mittelalterliche Verfahren grundsätzlich bekämpft werden.

Das Zeugniszwangsverfahren hat denn auch auf der ganzen Linie stärksten Protest hervorgerufen. Neben der Deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin hat sich auch der Bezirksverband im Landesverband der sächsischen Presse, dem Journalisten aller Parteien, angehören, beim sächsischen Justizminister für die Aufhebung des Zeugniszwangsverfahrens verwendet. Justizminister Bünger hat die Bedenken anerkannt und sein Einschreiten in Aussicht gestellt.

Erklärung des Vereins Arbeiterpresse.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hat im Vorwärts zu dem Fall folgende Erklärung veröffentlicht:
„In jüngerer Zeit ist von einzelnen Staatsanwälten und Richtern wiederum der Versuch unternommen worden, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure der Tagespresse anzuwenden. So wurde neuerdings gegen das Mitglied der Redaktion der Volkszeitung in Löbau, Hugo Efferoth, auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Löbau vom Amtsgericht Löbau das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet. Efferoth hatte sich aus grundsätzlichen und beruflichen Erwägungen geweigert, Auskunft über den Verfasser eines die Staatsanwaltschaft Bauhen kritisierenden Artikels zu geben und Mitarbeiter seiner Zeitung durch keine Aussage zu belasten. In einer Verhandlung in Braunschweig forderte der Staatsanwalt, den Redakteur des Braunschweiger Volksrechters, Regener, zu fragen, wer einen bestimmten Artikel geschrieben habe. Als Regener erwiderte, daß er ohne Rat den Verfasser nicht nennen werde, erklärte der Staatsanwalt: „Wenn der Zeuge das nicht tut, bitte ich, das Zeugniszwangsverfahren gegen ihn in Anwendung zu bringen.“ Das Gericht erklärte durch Beschluß, der Zeuge dürfe die Aussage nicht verweigern. Regener entging der Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens nur dadurch, daß er auf Wunsch seines Redaktionskollegen Tschelmann diesen als Verfasser des Artikels nannte.“

Wir müssen in diesem Bestreben von Staatsanwälten und Richtern einen Angriff auf die Berufsethik der Redakteure erklären, die durch die Tradition und innere Natur der Presse verpflichtet sind, über gewisse ihnen anvertraute Dinge Schweigen zu bewahren. Wir erwarten deshalb auch von den geschickten Körpergelehrten, daß sie endlich die Redakteure den Verzeihen, Geistlichen und Rechtsanwältinnen gleichstellen, denen die Wahrung des Berufsgeheimnisses gesetzlich vorgeschrieben ist.“

Republikanergeist an den höheren Schulen.

Deutschlands Nachwuchs an Führern durchläuft zu 90 Prozent die höheren Schulen. Zwar gibt es ein löbliches Schlagwort: Freie Wahl dem Tüchtigsten! gepflegt in der Burglebenseinstimmung der Kriegszeit; im Geiste aber denken die privilegierten Schichten gar nicht daran, allzuviel unliebsame Konkurrenz hohöhnen zu lassen. Mindestens 90 Prozent derer, die die Geschicke der deutschen Republik demnächst bestimmen und leiten wollen, sind den höheren Lehrern anvertraut, den Akademikern, den Philosophen. Wie es um deren innere Treue und Begeisterung für unsere junge Republik bestellt ist, weiß jedermann, der Kinder bei ihnen hat oder der sie im öffentlichen Leben verfolgt. Sie sind in der überwiegenden Mehrheit hinter des „bewährten Alten“, läche Verteidiger der überkommenen „woherwobenen Rechte“, freudige Anwälte jeglicher Reaktion. Und ihren Glauben an die herrlichen Zeiten des autoritativen, auf die alten Ordnungen“ gegründeten Reichstaates übertragen sie — bewußt oder unbewußt — auf ihre Schüler. Ein höchst beachtliches Verhältnis zur politischen Einziehung der Studenträte, Studiendirektoren usw. macht das Deutsche Philosophen-

blatt (Nr. 33/1926). Es hat das politische Glaubensbekenntnis von 300 höheren Lehrern erkorcht, die durch ihre Betätigung im öffentlichen Leben bekannt sind. Da ergibt sich das vielsagende Bild:

Deutsche Volkspartei	152
Deutschnationale Volkspartei	139
Zentrum	83
Demokratische Partei	55
Sozialdemokratie	19
Verschiedene Parteigruppen	25

Das Philosophenblatt behauptet festlich, jenseit könne von einer partypolitischen Einseitigkeit der höheren Lehrer nicht die Rede sein. Also: Wenn drei Fünftel eines die Jugend bestimmenden Standes von der verderblichen „neuen Zeit“ nichts wissen wollen, wenn ein weiteres Viertel sich das Feigenblatt der Demokratie und des zu jeder Koalition fähigen Zentrums vorbindet, wenn ganze 19 Mann (= 4 Prozent) links stehen, dann können alle Eltern, alle Republikaner getrost antworten: Lieb Vaterland, magst ruhig sein; Deutschlands Jugend ist in besten Händen!

Das Philosophenblatt fordert eine „Entpolitisierung“ der Schule. Bei Besetzung von Stellen, insbesondere bei den höheren, soll nicht im engersten Sinne die politische Gesinnung beachtet werden; „Parteirometrie“ sei verwerflich. Das heißt: In die leitenden Stellen kommen viel jüwiel Sozialisten! Siehe an, Staat: Nur 4 Prozent deiner höheren Lehrer sind linksorientiert; wenn zwar (leider!) 40 Prozent der Staatsbürger links stehen, so ist darauf keinerlei Rücksicht zu nehmen. Die höheren Schulen und ihre noch höheren Verwaltungsbehörden müssen Domäne der Deutsch-Nationalisten und der Deutschen Volksparteiler bleiben — ein Hort der Reaktion!

Die kürzlich erschienene Denkschrift des Volkshochschulamts zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen“ fordert ausdrücklich, daß die Staatsbürgerliche Erziehung nicht auf eine abstrakte Idee vom Staat eingestellt werden darf, sondern sich richten muß auf den tatsächlichen Staat von heute, den die Reichsverfassung Norm und Form gibt. Dr. Kaiser und seine Ministerialräte sügen aber sofort an, halb verständnislos, halb verzagt: „Gesinnungen lassen sich nicht befehlen; der Staat kann nicht verlangen, daß alle höheren Lehrer begeisterte Republikaner sind. Er muß aber voraussetzen, daß sie guten Willens sind, sich in den Geist und in die leitenden Gedanken der Verfassung einzuschleichen, der sie Treue geschworen haben.“

Den Versuch solcher „Einschränkung“ kann man ja machen; solange der Volksparteiler Dr. Kaiser die Republik im Volkshochschulministerium repräsentiert und „verteilt“, solange eine bürgerliche Koalition das Staatsruhr führt, werden die Philosophen gegen die bestehende Staatsform ausgetreten wenig Grund haben. Wenn nun aber bei den kommenden Wahlen die Linke die Oberhand bekommt und von allen Erziehern verlangt, daß sie positiv zum Volksstaate stehen und hinwenden sollen, dann wird ein Wüten und Wühlen einsetzen gegen — Sowjet-Sachsen: laut und mannhaft-leutig in den Lehrerzimmern, raffiniert und auf Schleichwegen in den Klassenzimmern.

Lieb Vaterland, deine Zukunft steht jezt, wenn dein Führernachwuchs Männern anvertraut ist, bei denen das Verhältnis deutsch-national zu völksparteilich zu sozialistisch so aussieht: 30 zu 28 zu 5!

Die Kronzeugen im Wahlkampfe des Bürgertums.

Das Leipziger Patentkrenzblatt beginnt den Wahlkampf für „Sittlichkeit und Moral“, für „Justiz und Ordnung“ in der gewohnten Weise, indem es die Führer der Arbeiterbewegung mit Dreck beschwört.

In der Sonntagsummer titischen die Leipziger Kronzeugen ihren Lesern so ein paar lustige Gemeinheiten auf. Die Rechte richtet sich gegen den Genossen Geiser in Dresden, ein in der Angestelltenbewegung hervorragend tätigen Genossen, der von der Dresdener Parteigenossenschaft als Landtagskandidat aufgestellt worden ist. Die zweite Gemeinheit richtet sich gegen den Genossen Liebmann. Darüber ist nichts zu sagen, es ist ja das Organ für „Sittlichkeit und Moral“, das Organ der Moral, die im Volkstotopferprozess so glänzend beleuchtet wurde.

Bemerkenswert an den stinkigen Anwürfen gegen die sozialdemokratischen Landtagskandidaten ist nur, daß die Gemeinheit gegen den Genossen Geiser nicht vom Patentkrenzblatt geschrieben worden ist, sondern aus der Leipziger Gewerkschaftszeitung vom 1. Oktober 1924 stammt. Verantwortlich: Erich Schilling.

Die Gemeinheit gegen den Genossen Liebmann ist dem Volkstaat entnommen! Eine schöne Mastergalerie der Quellenbearbeiter des Patentkrenzblattes, das diese Quellen wahrscheinlich noch oft benutzen wird.

Die Mieter wählen Liste 4!

Der Tagespresse zufolge haben die Aufwertungverbände für die kommende Landtagswahl eigene Listen aufgestellt. Bei einigen Wahlkandidaten haben diese Verbände als „Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und Mieter“ gekennzeichnet. Der Landesverband Sachsen hat jedoch im Einverständnis mit der Bundesleitung des Bundes Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) bereits am 25. September den politischen Parteien mitgeteilt, daß der Landesverband Sachsen im Bund deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) an allen diesen Kundgebungen unbeteiligt ist, da er nicht beabsichtigt, aktiv an den Landtagswahlen teilzunehmen. Die Mieter werden also gut tun, alle Jersplitterungsbestrebungen energigisch zu bekämpfen und nur der Partei die Stimme zu geben, die allein erfolgreich die Interessen der Mieter vertreten hat, der SPD.

Alle Mieter wählen daher nur die Liste 4!

Der erste Schnee im Erzgebirge. Auf dem Fichtelberg ist am Donnerstag, wie aus Oberwiesenthal gemeldet wird, der erste Schnee gefallen. Auf dem Keilberg war schon am Sonntag der erste Schneefall zu verzeichnen.

Dresden. Ueberfall. In der Scheune des Pfarrgutes Leubnitz-Neusta wurde ein 22jähriger Dekorationsmaler gefesselt aufgefunden. Nach seinen Angaben haben ihn zwei unbekannt Männer, als er in der Scheune Futter holte, überfallen, gefesselt und seiner Brieftasche beraubt. Es wird vermutet, daß die beiden Unbekannten in der Scheune nächtigen wollten und aus Furcht vor Entdeckung den jungen Mann zunächst unfählich machten.

Zulau. In den Tod gesprungen. Ein neun Jahre alter Schulknabe, der sich an einem Mühlenwagen angehängt hatte, fiel plötzlich nach der anderen Seite der Straße direkt vor einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Der Knabe kam unter die Schutzvorrichtung, er würde auf der Stelle totgequert.

Schneeberg. Von einem Straßenräuber überfallen. Auf der Landstraße nach Eibenstock wurde eine 46 Jahre alte Handelsfrau von einem Straßenräuber überfallen. Durch die gellenden Hilferufe der erschrockenen Frau wurde der Draufgänger Georgi aus Zwickau aufmerksam, der auf seinem Rade herbeieilt. Es entspann sich zwischen ihm und dem Wegelagerer ein verzweifelter Ringkampf, in dessen Verlauf es jedoch mit Hilfe herbeigerufenen Straßenpassanten gelang, den jredren Burschen, der als der 13jährige Schirmliefer und Gelegenheitsarbeiter Katusny aus Eibenstock ermittelt wurde, zu überwinden.

Volkshaus Leipzig
Spezialvorlesung: Heute: Gespickter Klopsbraten mit Würstchen 15 Pfennig. — Morgen: Sauerbraten mit Makkaroni 1,20.